



# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 1. Juni 1895.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 A. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Welfenstr. 12.

## Der Patriarchalismus im Großbetrieb.

Im Kleingewerbe versteht man allgemein unter dem Patriarchalismus die Einrichtung, daß die Gehilfen beim Meister Kost und Logis haben, in den meisten Fällen sind diese Dinge untrennbar mit der Arbeitsstelle verbunden. Will der Gehilfe nicht Kost und Logis beim Meister, so kann er auch die Arbeitsstelle nicht haben. Man darf dieses Zwangsverhältnis wohl als einen Mißbrauch bezeichnen, den die Gewerbetreibenden mit ihrer, dem Arbeiter überlegenen wirtschaftlichen Machtstellung treiben. Würden umgekehrt die Arbeiter einen solchen Zwang in irgend einer Gestalt dem Unternehmer gegenüber ausüben oder auch nur ausüben versuchen, welches Geschrei würde sich da allenthalben über die Tyrannei und den Terrorismus der Arbeiter erheben und mit welcher Geschwindigkeit würden da Polizei, Staatsanwälte und Gerichte eingreifen und den Terrorismus der Arbeiter mit schwerer Strafe belegen; schnell wären die Unternehmer von dem ihnen unangenehmen Drucke befreit.

Gegen den Unternehmer-Terrorismus hat sich aber noch keine Hand erhoben. Nur von sozialdemokratischer Seite wurden in und außer den Parlamenten Versuche zur Abschaffung des kleingewerblichen Patriarchalismus gemacht, von den bürgerlichen Parteien aber mit allen möglichen und unmöglichen Gründen bekämpft. Bei dem unverhohlenen Bestreben der bürgerlichen Parteien, den bestehenden Klassen die Herrschaft in allen ihren Formen über die besitzlose, speziell aber über die Arbeiterklasse, zu bewahren, und bei dem Umstande, daß die „Arbeitgeber“ zur herrschenden Klasse, ja quasi zu den Organen der „Obrigkeit“ gerechnet werden, steht man den noch bestehenden Patriarchalismus recht gerne und sucht ihn eher gefällig zu befestigen als aufzuheben. Nur durch die organisierten Arbeiter ist hier und da die alte patriarchalische Einrichtung abgeschafft und die Abhängigkeit vom Unternehmer auf das bloße Arbeitsverhältnis beschränkt worden. Der Widerstand aber, den in dieser Beziehung die Unternehmer den Arbeitern entgegenstellen, belehrt darüber, daß sie moralisches wie materielles Interesse an der Unterjochung und Bevormundung der Arbeiter haben; übrigens ist ja schon offen erklärt worden, daß die Verköstigung und Beherbergung der Arbeiter beim Unternehmer mit einer der Säulen sei, welche das Kleingewerbe in seiner Existenz noch aufrecht erhalten.

Es ist noch hinzuweisen auf die in manchen Gewerben mit dem Patriarchalismus verbundene sittliche Erniedrigung und Entwürdigung der Arbeiter. Wir meinen damit die bei den Brauern, Weggern, Böttchern, Bäckern, Schmieden, Wagnern, Kutshern u. noch bestehende Unsitte der „Du“-Anrede der Arbeiter seitens der Unternehmer. Daß diese Arbeiter, welche meistens die längste Ar-

beitszeit haben und nicht selten brutal mißhandelt, dabei erbärmlich schlecht entlohnt werden, ebenfalls zur Organisation bewegen werden konnten und dann in Erkenntnis ihrer Menschenwürde das Schmachliche ihres Arbeitsverhältnisses bitter empfinden und nach dessen Besserung streben, ist ein wahrhaft kultureller und sittlicher Erfolg der vielgeschmähten Sozialdemokratie. Wenn sie darob als Aufseherin und Unfriedensstifterin von den Gegnern gelästert wird, darf sie die Lästerung im Bewußtsein, gut und recht gehandelt zu haben, ruhig als ehrenvolle Anerkennung, als Danksagung für geleistete Arbeit hinnehmen. Wissen wir doch, daß den Müller, Stumm, Müller, den Agrarier, Zinkler und Industriellen die rückständigen, ungebildeten und bedürfnislosen polnischen Arbeiter tausendmal lieber sind, als die intelligente und tüchtige Arbeiterschaft der Großstädte, die zumeist den Organisationen angehört. Ist es aber bei dieser Sachlage nicht das stärkste Stück Heuchelei, wenn die Gegner der Sozialdemokratie Vernichtung der Kultur und Wiederherstellung der Barbarei zum Vorwurfe machen?

Ungebildete, rückständige Arbeiter, die weder Plan noch Disziplin haben, braucht man eben nicht zu fürchten; machen sie einmal eine Hungerrevolte mit den obligaten Demolierungen, so haut der Säbel und schlägt die Flinte und der nicht schwierige Überlaß begründet auf's Neue den so notwendigen Respekt und die so notwendige Furcht der Armen vor den Herrschenden und der letztern Stellung ist auf's Neue besetzt. Die überlegten und disziplinierten aufklärten Arbeiter dagegen kommen dem Repetirgewehr ganz und gar nicht entgegen und die Auflösung der Organisation ist wie die Verbrennung des Vogels Phönix, der immer wieder verjüngt aus der Asche erstand. Gerade diese kalte Besonnenheit und Ruhe, diese systematische und planmäßige Aufklärungs- und Organisationsarbeit mit ihren sichtbaren Erfolgen macht die herrschenden Klassen so nervös und ungeduldig, daß sie das Umsturzgesetz wollten. —

Im Großbetrieb wird der Patriarchalismus in Gestalt der sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ betrieben. Als solche werden von der Unternehmerwelt und ihren Freunden in den Regierungskreisen und Beamtentreisen ausgegeben: die Arbeiterhäuser und die Arbeiterwohnungen, die in Verbindung mit den Fabrikanten stehenden Konsumvereine, die Fabrikläden und Speiseanstalten, Fabriksparkassen, von den Unternehmern errichtete Fabrikschulen und Kindergärten resp. Kleinkinder-Bewahranstalten, Lieferung von Holz, Kohlen, Erdäpfeln u. zum „Selbstkostenpreis“ an die eigenen Arbeiter und manches Andere mehr, wie z. B. Fabrikgodestdienst, unentgeltliche Verabfolgung eines im Interesse des Kapitals geschriebenen und die Arbeiter irreführenden Blättchens, antisozialistische Broschüren usw. Wir sagen mit Recht

„und so weiter“, weil sicherlich die Liste solcher kapitalistischen „Zuwendungen“ an die Arbeiter sich noch wesentlich verlängern ließe. Werden doch den Arbeitern auch Möbel, Kleidungsstücke, Wein von den Unternehmern auf Abzahlung geliefert.

Außer dem Arbeitsverhältnis wird der Arbeiter durch diese sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ buchstäblich an den Unternehmer gefesselt, der ihn wie ein belarmliger Polyp umschlungen hält und — seine „Wohlfahrt“ fördert“. Die tausendfachen Nachtheile, welche die dem Unternehmer gehörige Arbeiterwohnung für den Arbeiter mit sich bringt, sind schon so oft dargestellt worden und zeigen sich so regelmäßig bei jedem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, daß wir uns hier eine weitläufige Erörterung derselben sparen können. Im vorigen Jahre wurden die streikenden Glasarbeiter in Oldenburg sofort aus ihren Wohnungen getrieben und in Wien hat sich längst in den kapitalistischen Arbeiterwohnungen der Bleisarbeiter ein solcher entsetzlicher Zustand und ein solcher empörender Miethswucher des herzlosen, verruchten Kapitals gezeigt, daß die ganze Bevölkerung, selbst das abgebrühte Wiener Parlament, darüber entsetzt war. Die Unternehmer machen vielfach mit den Wohlfahrts-Einrichtungen ebenso ein Geschäft, wie mit einem andern Unternehmen. Außerdem haben sie dabei den Arbeiter unter steter Aufsicht und Bevormundung. Dies ist auch der moralische Zweck der Wohlfahrts-Einrichtungen für die großen Unternehmer, wie der patriarchalischen Naturalwirtschaft der Handwerker.

Nur bei dieser Auffassung wird die Wärme und Energie erklärlich, mit der in den Parlamenten die Unternehmer selbst, außerdem die Regierungskreise und die unternehmerfreundlichen Politiker für den gesetzlichen Schutz des Patriarchalismus eintreten. So bestimmt § 115 der deutschen Reichsgewerbeordnung, daß es den Unternehmern gestattet ist, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung und Nahrung gegen die ortsüblichen Mieth- und Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabsorgen.

Fast die gleichen Bestimmungen enthält das österreichische Arbeiterschutzgesetz, während das schweizerische Fabrikgesetz einfach bestimmt, daß dem Arbeiter sein Lohn alle zwei Wochen baar in gesetzlichen Münzsorten und in der Fabrik auszuzahlen ist. In den obigen Gesetzesbestimmungen haben wir nie etwas anderes erblicken können, als eine gesetzliche Anerkennung des Trucksystems und der kapitalistischen Bevormundung der Arbeiter. Alle humanen Argumente können uns in dieser Auffassung nicht irre machen und wir sind fest überzeugt,

daß, wenn die Arbeiter die Mehrheit im Reichstage hätten, sie den ganzen Absatz, den wir angeführt, streichen würden; daß die bürgerliche Mehrheit im Reichstage jene Bestimmungen annahm, ist ebenfalls ein Maßstab für ihre Werthschätzung. Die Arbeiter würden auch mit der schädlichen und merkwürdigen Instanz gründlich aufklären, daß der Schneider, der Schuhmacher u. von seinem kleinen Arbeitslohn auch noch eine Menge Arbeitsmaterialien für die Arbeiter des Unternehmers kaufen muß; es blüht einem als die elementarste Pflicht des Unternehmers, dem Arbeiter Alles zur Verfügung zu stellen, was zur Ausführung der übertragenen Arbeit erforderlich ist.

Fast wundern muß man sich, daß Leute mit sonst gesundem sozialpolitischen Urtheil die kapitalistischen Wohlfahrts-Einrichtungen noch als etwas Gutes und Mögliches verteidigen können. Wir denken da auch an den babylonischen Fabrikinspektor Dr. Wörtschoffer, der ebenfalls der Ueberzeugung ist, daß der Arbeiter sittlich gehoben werden muß und für den der unterdrückte stumpfsinnige Arbeiter durchaus kein Ideal ist, der aber trotzdem die Wohlfahrts-Einrichtungen im Interesse der Arbeiter verteidigt und gegen die ablehnende Auffassung der organisierten Arbeiterschaft polemisiert. Da hat der Binger Gewerbeinspektor Dr. Heinrich Wittorelli ein anderes Urtheil über die Wohlfahrts-Einrichtungen. Er sagt nämlich in seinem Amtsbericht pro 1891: „Die beste aller Wohlfahrts-Einrichtungen sind die hohen Löhne, welche dem Arbeiter eine gesunde, kräftige Kost und andere Lebensgenüsse ermöglichen...“

Das ist auch unsere Meinung. Der Achtstundentag, 36stündige Sonntagsruhe und ein auskömmlicher Arbeitslohn — das sind die Wohlfahrts-Einrichtungen, welche die Arbeiter fordern. Diese bekämpfen aber die Stumm und Genossen, und den anderen Krimskrans schenken wir ihnen.

## Mulier taceat in ecclesia.

„Mulier taceat in ecclesia“, die Frau soll in der Gemeinde schweigen, oder wie der Abwechslung halber der ultramontane Herr Bachem zitierte: „Mulier taceat in foro“, die Frau soll auf dem Forum, soll in der Öffentlichkeit schweigen, diese hausbadenste und zopfigste aller Spießbürgerweisheit wurde wieder einmal von der Tribüne des Reichstags herab verkündet. Anlaß dazu bot der sozialdemokratische Antrag, der Bundesstaaten Vereins- und Versammlungsweisen von Reich wegen einheitlich und in freierheitlichem Sinne zu regeln; das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht, die volle Koalitionsfreiheit auch dem weiblichen Geschlecht einzuräumen. Wie hätte auch angeichts solch freudenverlangens der Vulgärpolitiker sich die billige Gelegenheit entschlüpfen lassen, aufs Neue zu bekräftigen, daß er als blinder Höbden Zeichen der Zeit, gewissen sozialen Nothwendigkeiten gegenübersteht, daß er

von dem Beispiel so mancher anderen Staaten nichts, aber auch gar nicht gelernt hat und so ließ denn der fromme Herr Bachem unter Verfall von rechts und links den alten, ach, gar so alten und vertrauten Mißspruch dem Raum seiner Zähne entspringen.

Das war vorausgesehen. Das Blut gehört zur Gattung der Worte, die stets zu rechter Zeit sich einstellen, wenn Vergriffe, wenn Beweise fehlen. Es gehört zu dem elfernen Bestand banaler Nebenarten, mit denen Pöhlstermoral die Fortberung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts abthun zu können wähnt. Und dadurch, daß das Wort schon so altersgrau ist, hat es nicht an Wahrheit gewonnen, dadurch, daß es wieder und wieder gekaut ward, nahm es an Beweiskraft nicht zu. Umgekehrt: die wirtschaftliche Entwicklung, welche die politischen Rechte der Frau heiligt, läßt sich durch Gemeinplätze nicht halt gebieten. So ist bei jeder Wiederholung das Mißverhältnis zwischen Nebenart und tatsächlichen Zuständen ein immer größeres und gelangt zur Erkenntnis immer breiterer Kreise.

Beweiskräftiger wurde der Gemeinplatz auch nicht dadurch, daß ihn Herr Bachem, den ahnungsreichen Busen schmerzgerissen, durch den Rastanbrandur vervollständigte: „Die Zulassung des Weibes zu politischen Dingen würde Anarchismus sein!“ Und an Güte gewann er auch nicht dadurch, daß ihn der Zentrumsredner durch einen weiteren Gemeinplatz stützte: „Denn es ist gegen die Natur.“

Merkwürdig, daß — wie Bachofen, Morgan und Andere noch unwiderleglich nachgewiesen — die so vielberufene „weibliche Natur“ im Alterthum sich prächtig abgefunden hat mit einer wesentlich anderen als der heutigen sozialen Stellung der Frau, mit einer sozialen Stellung, welche dem „schwachen Geschlecht“ nicht bloß eine unbehinderte, sondern eine ausschlaggebende Betätigung im öffentlichen Leben ermöglichte. Merkwürdig auch, daß trotz der vielberufenen allgemeinen „weiblichen Natur“ die Frau sich abfindet: in der Türkei zc. mit dem abgeschlossenen, vegetativen Haremleben; in England und Schweden, in den meisten der Vereinigten Staaten, in Neuseeland und Südafrika mit dem Besitz und der Ausübung von mehr oder minder vollständigen politischen Rechten, mit dem Rathen und Thaten auf den verschiedensten Gebieten kommunalen und staatlichen Lebens.

Vergangenheit und Gegenwart zeigen, daß die vom Pöhlster als waltendes Fatum heraufbeschworene „weibliche Natur“ durchaus nicht das unfassbare, mythische Etwas ist, das, verkleidet von den Wehrauchdämpfen poetischer Verklärung oder von dem prosaischeren Brodem der auf dem häuslichen Herde schmorenden Gerichte, in ewig starrer Unwandelbarkeit über den wogenden Wasser der sozialen Verhältnisse schwebt. Auch für die „weibliche Natur“ gilt die Binsenwahrheit, daß sie nicht schwebt, sondern geschoben wird, daß sie sich ändert mit der Zeit, mit dem Land, mit den Produktionsbedingungen, mit der Klassenzugehörigkeit, kurz durch die Gesamtsumme der gesellschaftlichen Verhältnisse, welche Entwicklung und Existenz der einzelnen Frau beeinflussen.

Und so sinnenfällige sind die diesbezüglichen Thatsachen, daß sich sogar Herr Bachem — trotz seines frommen Pöhlsterglaubens an die politische Unbeslecktheit der „weiblichen Natur“ — zu einer Konzeption bequemen muß. Er anerkennt die Nothwendigkeit, „den Frauen eine gewisse Koalitionsfreiheit auf wirtschaftlichem Gebiete einzuräumen, damit sie ihre wirtschaftlichen Interessen wahren können“. Noch einen Schritt weiter, und Herr Bachem hätte die Nothwendigkeit anerkennen müssen, gerade behufs Wahrung wirtschaftlicher Interessen den Frauen

die volle Koalitionsfreiheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, überhaupt volle politische Rechte zu verleihen. Denn die bürgerliche Frau bedarf dieser Rechte, um mittels ihrer im Kampfe gegen den Mann ihrer Klasse wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen und damit die Möglichkeit eines freien Auslebens ihrer Individualität. Die proletarische Frau aber bedarf dieser Rechte, um mittels ihrer zusammen mit dem Mann ihrer Klasse im Kampfe gegen den ausbeutenden Kapitalisten und die kapitalistische Gesellschaft ihre wirtschaftliche Freiheit zu erobern als Vorbedingung einer freien Entfaltung und Betätigung ihres Wesens.

Herr Bachem hat diesen Schritt der Erkenntnis nicht gethan. Der Mann, der vom Standpunkte eines mittelalterlichen Kanonikus aus sich den Kopf der Sozialdemokratie über die Fährnisse des „Zukunftstaates“ zerbricht, hat selbstverständlich weder Augen für das keimende geschichtliche Leben der Gegenwart, noch Ohren für die Reformforderungen, welche die Verhältnisse mit eherner Stimme heischen. Der Standpunkt des reaktionären und selbsten Sozialpolitikers Bachem hat uns deshalb nicht überrascht. Dafür hat uns der Standpunkt des Ultramontanen Bachem um so angenehmer belustigt. Man gedenke die volle, un-freiwillige Komit folgender Situation: Herr Bachem warnt mit erhobenem Schulmeisterfinger vor der „Zulassung der Frau zu politischen Dingen“. Und Herr Bachem ist Ultramontaner, d. h. ein politischer Vorkämpfer der katholischen Kirche, der Macht, die zu allen Zeiten systematisch und mit unübertriffen feiner Virtuosität die politischen Verhältnisse durch die Frauen beeinflusst hat!

In der That, wenn der Herr die Herzen der Gewaltigen und Mächtigen dieser Erde einmal nicht sichtbarlich lenkte wie Wasserläufe in der Richtung einer kirchennützlichen Politik: hat die katholische Kirche allzeit mittels von schönen und klugen Frauen der Vorsehung korrigierend nachgeholfen. Und zwar ließ sie in diesem Falle in edlem Gleichheitsbrang und ohne Ansehen der Person sowohl „legitime“ als „illegitime“, pardon! „allerhöchst-illegitime“ Frauen zu politischen Dingen zu. Der Herr bedient sich eben auch „eines sündigen Gefäßes“, um seine Kirche zu schirmen, nicht so, Herr Bachem?

Daß es aber der Klerus auch keineswegs verschmäht, die Masse des Volkes in politischer Hinsicht durch den Einfluß der Frauen zu gängeln, ist ebenso eine allbekannte Thatsache. In so und so vielen katholischen Gegenden marschirt die Bevölkerung in der Gefolgschaft des Zentrums dank des Einflusses, den der Geistliche im Reichthum auf die Frauen und durch die Frauen auch auf die Männer ausübt. Und während die Kirche jederzeit und überall die Frau als politischen Faktor mobilisirt und in die politischen Tageskämpfe schleudert, deklamirt der ultramontane Herr Bachem im Namen der „Natur“ grotesk dagegen, daß die nämliche Frau, ausgerüstet mit politischen Rechten, sich am politischen Leben betheilige, nicht mehr im Schatten des Reichthums und Alkohols, sondern im Lichte der Deffentlichkeit, nicht mehr als schlechende Intrigant, sondern als geschulte Volkbürgerin! „Der Kasus macht mich lachen.“

Uebrigens ist Herrn Bachem's Haltung in der Frage nicht bloß komisch. Sie beweist vielmehr wieder einmal die alte, ewig junge Wahrheit, daß die Götter mit Blindheit schlagen, wen sie verderben wollen. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, seine unbehinderte Theilnahme am politischen Leben und Kämpfen, wird in absehbarer Zukunft zum einzigen Mittel des Zentrums, sich eine Zeit lang seine politische Machtstellung zu erhalten.

Mehr und mehr politische Auffklärung trägt die Sozialdemokratie in die proletarische Masse der katholischen Wähler, mehr und mehr schwindet der politische Bestand der Ultramontanen zusammen. Bei einer normalen Entwicklung der Dinge ist der Zeitpunkt nicht fern, wo das Zentrum auf die politisch durchschnittlich rückständigen und ungeschulten Frauen als auf seine einzige Reserve zurückgreifen muß. Belgien zeigt uns das Beispiel. Nach dem glänzenden Wahlsieg der sozialistischen Partei wurde dort von clerikaler Seite die Forderung erhoben, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen, „weil sie noch unter dem Einfluß der Geistlichen ständen, und man in der Folge vermittelt ihrer der sozialistischen Bewegung einen Damm entgegenzusetzen könne“.

Bei einem geschnitzten Gang der Entwicklung und des Klassenkampfes ist gar nicht ausgeschlossen, daß auch in Deutschland das Zentrum mit der ihm eigenen Wandlungsfähigkeit eines Tages die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts fordert. Allerdings, wenn es zu spät ist, so daß die Umwandlung in Paulus aus Saulus der Partei der Paplane nicht mehr zu wesentlichem und längerem Nutzen gereicht. Denn die Sozialdemokratie legt unterdessen die Hände nicht müßig in den Schooß. Durch ihre politische Existenzberechtigung, durch das Klasseninteresse des kämpfenden Proletariats gezwungen, trägt sie das Evangelium von der Befreiung der Arbeit und der Befreiung der Frau in die entferntesten Winkel. Und wenn das Zentrum eines Tages aufstehen sollte als Vorkämpfer für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, und wenn dieses politische Selbstvertrauen erhalte: so würde sich bald zeigen, daß die Sozialdemokratie die Ultramontanen im Wettrennen um die arme Frau schlägt, wie sie dieselben im Wettrennen um den armen Mann mehr und mehr überflügelt.

Wir wissen, daß in Deutschland die Frau wahrscheinlich länger als sonstwo warten muß, ehe sie sich als Bürgerin im politischen Leben und innerhalb der öffentlichen Körperchaften betheiligen kann. Aber dafür ist sie wenigstens eines Vortheils sicher: daß sie nicht mehr mit Leuten zusammenwirken muß vom Schlage unserer selbsten und blöden heutigen Vulgärpolitiker. Der Vortheil mag Vielen gering erscheinen. Wer aber gezwungen ist, von „Umwegen“ gewissenhaft das Rathen und Thaten unserer bürgerlichen Politiker und Talnistaatsweisen zu verfolgen, der wird sogar ihn nicht allzu gering anschlagen. „Gleichheit“.

**Calcium-Karbid.**

u. „Eine Revolution in Sicht!“ schrieb vor Kurzem die „Leipz. Volksztg.“ bei der Erörterung eines im Berliner Verein zur Beförderung des Geleisverleises gehaltenen Vortrages von Dr. A. Frank-Charlottenburg über die Gewinnung von Acetylen und dessen Veräugung zur Herstellung von Leuchtgas, Alkohol zc. Und sie hat damit nicht so Unrecht, wenn sich auch die revolutionären Wirkungen dieser neuen Erfindung erst in weiter Ferne zeigen und heute noch nicht zu erkennen ist, inwieweit die durch sie betroffenen Industrien und Gewerbe in Folge der dadurch empfangenen Anregung zu weiterer Entwicklung diese Wirkungen zu paralysiren vermögen.

In der That hat selten die Erörterung eines technischen Problems so viel Aufsehen und Aufregung hervorgerufen, als die der neuentdeckten Gewinnung des Karbid, nicht allein, weil diese einen bedeutenden technischen Fortschritt unserer Zeit, eine wichtige Kulturerrungenschaft darstellt, sondern auch aus zwei Gründen, die dem Wesen unserer Zeit weit mehr entsprechen. Handelt es sich einerseits um ein Pro-

dukt, das nur mit Hilfe des elektrischen Stromes gewonnen werden kann und daher der elektrotechnischen Industrie ein neues Thätigkeitsgebiet eröffnet, eine Eigenschaft, die sofort mit ihrem Bekanntwerden ein rasches Ansehen der Kurse elektrischer Aktien bei der in solchen Sachen äußerst feinschnelligen Börse bewirkte, so erscheint andererseits der Bestand einliger hervorragender Industrien gefährdet, namentlich der Leuchtgas- und der Alkoholproduktion; Grund genug, denen, welche mit Kapital oder Arbeitskraft oder mit Weibem an letzteren betheilt sind, einen gelinden Schrecken einzujagen, umsomehr, als sich zur Verwerthung dieses Produktes bereits eine Gesellschaft mit 1 Million Mark Gründungskapital gebildet hat.

Wie vorsichtig aber das Großkapital seine Interessen zu wahren weiß, zeigt der Umstand, daß an der Spitze der Gründer dieser Gesellschaft, neben einigen großen Bankausposten, die namentlich an elektrischen Unternehmungen betheilt sind, die weltbekannten Firmen Allgem. Elektrizitätsgesellschaft Berlin und Siemens und Halske stehen, und daß mit der Herstellung des Karbids die A. G. Mümmelmann-Fabrik Neuhäusen (Schweiz) betraut werden soll. So hat das vorzüglich interessirte Großkapital der Elektrotechnik von vornherein seine Hand auf diese Entscheidung gelegt, um zu verhindern, daß dieselbe zu seinem Schaden ausgebeutet werde.

Wenn besorgte Gemüther glaubten, die Gewinnung des Acetylgases aus Calciumkarbid werde den Siegeslauf der elektrischen Beleuchtung hemmen, so erweist sich diese Annahme als verfehlt, wenigstens in Hinsicht auf den Wettbewerbs der größten Firmen der Elektrotechnik. Zum wenigsten würde der Ausfall, den die elektrotechnische Industrie auf dem Felde der elektrischen Beleuchtung erleidet, hinreichend gedeckt durch die benötigte Mehrproduktion von elektrischem Strom zur Herstellung des Karbid. Wohl aber erscheint für die bisherige Gasfabrikation eine unangenehme Konkurrenz ohne in Aussicht stehende Entschädigung; zum mindesten dürfte sie in eine unliebsame Abhängigkeit von der mit der Acetylgewinnung verbundenen Elektrotechnik gerathen, was ihre gegenwärtig ohnehin schwierige Situation, in der sie sich trotz der Erfolge des Gasglühlichts befindet, keineswegs erleichtern würde.

Unsere Leuchtgase sind Kohlenwasserstoffe von verschiedenen Atomverbindungen. Ihre Leuchtkraft hat Bewes\*) photometrisch in folgender Reihe bestimmt: die Leuchtkraft eines 5 ob' engl. Normalbrenners beträgt f"r

Methan	5,2 Kerzen
Aethan	35,7 "
Propan	50,7 "
Aethylen	70,0 "
Butylen	123 "
Acetylen	230 "

Unser in Deutschland gebräuchliches Leuchtgas besteht aus einer Mischung von Methan und Aethylen und leuchtet auf Normalbrennern mit zirka 16 Normalkerzen. Demnach hat das Acetylgas eine 15fache Leuchtkraft, wodurch es allerdings geeignet ist, unsere bisherige Gasfabrikation zu bedrohen. Würden unsere Gasanstalten reines Acetylgas herstellen und zur Beleuchtung verwenden, so könnte der Querschnitt der Rohrleitungen wesentlich verringert werden, was eine bedeutende Ersparnis im Betriebsmaterial herbeiführen muß. Desgleichen könnten die kostspieligen Einrichtungen der Retortenhäuser, Reinigungsanlagen und die Gasometer könnten in ihren Dimensionen bedeutend verkleinert werden, so daß auch an Grund und Gebäudematerial wesentlich gespart werden könnte. Allerdings kann das Acetylgas mit den vorhandenen Brennern in reinem Zustande nicht benutzt werden; vielmehr müßte es, so

\*) Elektr. Zeitschr. 1895. S. 10. S. 147.

lange keine Spezialbrenner für Acetylen- gas konstruiert worden sind, mit anderen Gasen gemischt werden, um das Ruhen der Flamme zu verhindern. So stellt eine amerikanische Gasgesellschaft, die Electric Gas Company, aus 10,500 ob' Acetylen- gas (297 Rbm.) 100,000 ob' = 2800 Rbm. eines schwächeren Leucht- gases her, das mit einer Leuchtkraft von 22-25 Kerzen brennt. Eine Vermisch- ung von Acetylen- gas mit atmosphärischer Luft ist jedoch wegen des Entstehens ex- plofiver Gemische nicht ungefährlich, wes- halb sich besser eine Mischung mit licht- schwachem Leuchtgas empfiehlt. Indes hat Prof. Lewis- Greenich nachgewiesen, daß man Acetylen- gas auch ungemischt ohne ruhende Flamme in eigens dafür konstruierten Brennern verwenden kann. Das Acetylen- gas ist farblos, aber giftig, da es sich leicht mit dem Blutfarbstoff verbindet, und von unangenehmem Geruch, welcher letzterer sich namentlich bei mangelhafter Verbrennung von Leuchtgas, z. B. beim Zurückschlagen der Flamme eines Bunsenbrenners, bildet, und vor- zugsweise denen bekannt sein dürfte, die mit Gasochern zu hantieren haben. Aber gerade dieser Geruch macht es milder ge- fährlich, als z. B. das geruchlose Kohlen- oxyd- gas, indem man es schon bei ge- ringen Mengen gewahrt. Da man das Acetylen- gas in Mengen von 1 : 10 mit Leuchtgas mischt, so ist hierdurch eine Gefährlichkeit beinahe ausgeschlossen; ent- hält doch unser Leuchtgas 5-10 Proz. des weit gefährlicheren Kohlenoxyd- gases, ohne deshalb in seiner Verwendung be- einträchtigt zu sein.

Diese vorzüglichen Eigenschaften des Acetylen- gases sind den Chemikern längst bekannt, wie auch das Gas selbst, das schon 1836 von Wöhler und Davy ent- deckt war. Es entsteht durch Uebergießen von Kohlenstoffkalcium oder Kohlenstoff- natrium mit Wasser. Da jedoch diese Produkte wegen der zu ihrer Herstellung benötigten sehr hohen Temperatur außerst hohe Beschaffungskosten beanspruchten, so war an eine allgemeine technische Ver- wertung derselben nicht zu denken. Erst im vorigen Jahrzehnt gelang es mit Hilfe des elektrischen Flammenbogens die Schwierigkeit der Desoxydation solcher feuerharter Körper, wie die alkalischen Verbindungen, zu überwinden, zunächst bei der Reduktion der Thonerde zur Ge- winnung des Aluminium. Das Cowles- Verfahren und den dazu gebauten elektrischen Schmelzofen haben wir bereits früher eingehend beschrieben.\*) Etwa 1892 ge- lang es Maquenne und Travers, ersterem Bariumkarbid aus kohlen- saurem Barium- magnesium, letzterem Calciumkarbid aus Chlorcalcium, Natrium und Kohle her- zustellen und daraus Acetylen zu ge- winnen. Dies benutzten Moissan und Willson, die direkte Reduktion von Kal- ciumoxyd mittels des elektrischen Licht- bogens zu probieren, was Weiden glück- lich gelang. Während nun Moissan sich da- mit begnügt, das Problem wissenschaft- lich zu verarbeiten, erkannte Willson so- fort die hohe technische Bedeutung dieser Erfindung und unternahm die Sache gleich in größtem Maßstabe durch Er- laugung eines Patents und Gründung einer Kapitalgesellschaft, der Electric Gas Company, welcher er auch große, ihm zur Verfügung stehende Wasserkräfte überließ.

Das Produkt Calciumkarbid oder Calciumkohlenstoff wird nun von dieser Gesellschaft dadurch gewonnen, daß fein- gepulverter Kalk und gepulverte Kohle im elektrischen Ofen bei sehr hoher Tempe- ratur gegliht und verschmolzen werden, woraus eine gleichförmige, schwärzliche Masse entsteht. Uebergießt man diese Masse mit Wasser, so findet eine Doppel- zersetzung statt, bei welcher sich das Acetylen- gas entwickelt. Der elektrische Ofen

zur Reduktion und Schmelzung ähnelt der Konstruktion des Aluminiumofens und ist mit Kohle gefüllt. Nach Willson's Angaben ergaben 2000 Pfund gebrannter Kalk und 1200 Pfund Kohlenstaub 2000 Pfund Calciumkarbid, wozu 180 elektrische Pferdestärken 12 Stunden lang benötigt werden. Willson berechnet die Herstellungskosten für 2000 Pfund Kal- ciumkarbid wie folgt: 1200 Pfund Koh- lenstaub 2,50 Doll. (10,50 Mk.), 2000 Pfund Kalk 4 Doll. (16,80 Mk.), 180 Pferdetr. elektr. Strom durch Wasserkraft (à 1/2 Doll.) 12 Stunden = 6 Doll. (25,20 Mk.) und für Arbeitslohn 2 1/2 Doll. (10,50 Mk.), so daß insgesamt 2000 Pfund Karbid gegen 15 Dollars (68 Mk.) kosten. Dr. A. Frank glaubt, daß diese Kosten auch bei Verwendung billiger Kohle in Oberschlesien oder West- phalen kaum überschritten würden, da sich 180 Pferdetr. während 12 Stunden auch mit billiger Kohle (am Fundort) für den ge- gebenen Preis von 6 Doll. (25,50 Mk.) erzeugen lassen und schätzt die Ausgaben für Oberschlesien für

600 Kg. Kohlenstaub auf	Mk. 12
1000 " gebr. gepulv. Kalk auf	" 18
200 " el. Pferdetr. für 12	
St., à 1 Kg. per Std. und	
Pferdetr. = 2 1/2 T. Kohle	
nebst Maschinen- u. Ofenkosten	" 28
Arbeitslohn	" 12
Ges. Kosten f. 1000 Kg. Karbid	Mk. 70

Während nun theoretisch aus 1000 Kg. Calciumkarbid 816 Rbm. Acetylen- gas entstehen könnten, bleibt das praktische Ergebnis mit 297 Rbm. nur wenig hinter dieser Zahl zurück. Wie schon erwähnt, mischt die Et. Gas Co. diese 297 Rbm. Acetylen- gas auf 2800 Rbm. Leuchtgas mit einer Leuchtkraft von 22-25 Nor- malkerzen. Als Mittelstand bei der Gas- entwicklung verbleibt Kalk, der als wichtiges Nebenprodukt verwertet werden kann. Dr. A. Frank vergleicht nun die Kosten der Acetylen- gas- erzeugung mit denen des Berliner Leucht- gases, wobei er zu folgendem, für Erstes scheinbar gün- stigem Resultate gelangt: In Berlin werden zur Erzeugung von 2800 Rbm. Leuchtgas von 18 Nst. Lichtstärke 10 T. Kohle ge- braucht, welche an Grubenkosten 82 Mk. und Frachtkosten 118 Mk., insgesamt 200 Mk. erfordern. Diese 10 T. Kohle liefern neben 2800 Rbm. Gas noch an Nebenprodukten Kokes, Theer, Ammoniak- wasser, Retortengraphit zc., welche an Einnahme 110 Mk. ergeben, so daß für die Gas- erzeugung 90 Mk. Kosten ver- bleiben; hierzu die Kosten für Retorten, Reinigung und Abzüge mit 40 Mk. und für Reparaturen an Ofen, Retorten zc. mit 5 Mk. pro 10 T. Kohle, insgesamt 135 Mk. 1000 Kg. Calciumkarbid = 2800 Rbm. Gas kosten in Oberschlesien 70 Mk., dazu Fracht nach Berlin 11,80, insgesamt 81,80 Mk. Für Nebenpro- dukt (Kalk) wird veranschlagt 850 Kg. = 18 Mk., verbleibt 68,8 Mk., dazu für die verhältnismäßig geringe Arbeit der Acetylen- gas- gewinnung an Arbeitslohn zc. 11-12 Mk., so betragen die Kosten für 2800 Rbm. Acetylen- Leuchtgas gegen 80 Mk., wobei die Ersparungen für schwächere Rohrleitungen, kleinere Gasmeter und Wegfall der Retorten- und Reinigungs- einrichtungen, sowie die Ersparnis an Boden- und Gebäude-Konto nicht inbe- griffen sind.

Zubehört dürfte diese Kostenberechnung für die Praxis kaum stichhaltig sein. Allerdings stellen sich die Kosten des Acetylen- gases demnach bei höherer Leucht- kraft gegenüber denen des Berliner Leucht- gases im Verhältnis von 3 : 5. Aber genau betrachtet sind die ersteren nur die Kosten für 297 Rbm. reines Acetylen- gas, das erst durch ein Mischungsverhältnis auf 2800 Rbm. Leuchtgas gebracht wird. Da eine Mischung mit atmosphärischer Luft wegen der damit verbundenen Ex- plofionsgefahr ausgeschlossen ist, so kommt

zunächst eine Mischung mit einem leichten Leuchtgas (Methan) oder mit unserem Leuchtgas in Betracht, und je nach dem Mischungsverhältnis, wobei Acetylen immer nur der geringere Bestandteil bilden wird, wird die mit letzterem ver- bundene Preisermäßigung zum Ausdruck kommen. Bei den Gaspreisen sind zudem auch die Erzeugungskosten nicht allein maßgebend, und wenn die letzteren ver- ringert werden, so verbleibt noch ein be- trächtlicher Teil von Kosten, wie Er- neuerungen, Abschreibungen für Wert- und Rohrleitungen zc., die an dieser Er- mäßigung nicht teilnehmen. So lange das Acetylen- gas also nicht rein oder mit gewöhnlicher Luft vermischt gefahrlos verwendet werden kann, wird es sich stets nur um ein Mischungsverfahren handeln, ähnlich dem schon gegenwärtig in An- wendung genommenen Karburierungs- verfahren des Leucht- gases mit Benzol, das aus den gleichen Stoffen wie Acetylen besteht. Es kann nämlich die Leuchtkraft des Leucht- gases durch Zuführung verdampften Benzols erhöht werden; man nennt dies das Gas karburieren, d. h. an leuchtenden Kohlenstoffverbindungen reicher machen. Dieses Verfahren wird schon jetzt nach den Versuchen Prof. Bunne's fast allge- mein angewendet. Da nun die Vermisch- ung mit Acetylen denselben Zweck hat, und Acetylen und Benzol die gleiche prozentige Zusammensetzung aufweisen, so stellt die Acetylenvermischung nur ein Karburierungsverfahren dar, nur mit größerem Erfolge. Dagegen dürfte die Berechnung bezüglich der Karburierung von 900 l. nichtleuchtender Gase mit 100 l. Acetylen in der Praxis immer- hin auf starke Zweifel stoßen; zudem würde auch die Erzeugung nichtleuchtender Gase nicht ohne Kosten vor sich gehen.

Uebrigens haben die meisten Städte und Orte in Gasanstalten ziemlich be- deutende Summen angelegt, deren Ent- wicklung sie nicht durch rasche Einfüh- rung des Acetylen- gases beschleunigen werden. Sollte also letzteres als ansehu- licher Konkurrent auftreten, so werden die Stadtverwaltungen weit eher geneigt sein, ihr Leuchtgas mittels Acetylenkarburierung zu verbessern und damit ihre ständigen Einrichtungen intensiver zu verwerten, als die letzteren ohne Weiteres in's alte Eisen zu werfen und sich gänzlich dem Neuen zuzuwenden. Mit dieser Ver- besserung des Leucht- gases hat auch die elektrische Beleuchtungsindustrie zu rech- nen, da zweifellos das Gaslicht verblüht und an Leuchtkraft erhöht, noch für lange Zeit ein beachtenswerther Konkurrent bleibt. Indes werden auch hier etwaige Besorgnisse verfrüht sein. Hat schon das Auer'sche Gasglühlicht der elektrischen Be- leuchtung keinen allzu großen Wettbewerb bereitet, vielmehr lediglich zur Erhöhung des allgemeinen Lichtbedürfnisses beige- tragen, so wird auch das mit Acetylen karburirte Leuchtgas den Bestand der elektrischen Beleuchtung kaum schädigen, da letztere eben ihre eigenen Vorzüge hat, die von keiner Gasbeleuchtung, und sei sie noch so vollkommen, erreicht werden. Zwar läßt die Leichtigkeit der Gasbereit- ung aus Karbid das Problem der eigenen Gas- erzeugung in transportablen Lampen, unabhängig von der Rohrleitung, in greifbarer Nähe erscheinen, und sollte sich die direkte Verwendbarkeit dieses Gases mittels besonderer Brennerkonstruktion be- stätigen, so wird sich davon jedenfalls eine äußerst fruchtbare Entwicklung anküpfen, doch bleibt die tatsächliche Lösung dieser Frage eben noch der nächsten Zukunft vorbehalten. Auf jeden Fall aber wird die benötigte Stromlieferung, die für je 1000 Kg. Karbid gegen 200 elektrische Pferdestärken beträgt, bei günstiger Ent- wicklung dieser Produktion einen unge- heuren Aufschwung der elektrotechnischen Industrie zur Folge haben, der für den etwaigen Ausfall der elektrischen Beleuch- tung, wenn auch nicht die einzelnen be-

trossenen Firmen, so hoch die Industrie im Allgemeinen einschätzt. Kein Wunder, daß bei der Börse deshalb das Auf- tauchen dieser neuen Lichtkonkurrenz auf deutschem Boden anstatt der sinkenden Kurse ein Steigen der Aktien elektrischer Unternehmungen zur Folge hatte.

Aber noch in anderer Hinsicht ist diese neue Acetylen- gas- gewinnung von höchstem technischen und volkswirtschaftlichen In- teresse. In Folge seiner hohen Ver- brennungswärme eignet es sich vorzüglich zur Anwendung bei Gas- kraft- maschinen, welche es durch direkte Benützung des Calciumkarbids von den theuren weltver- zweigten Rohrleitungen unabhängig macht. Schon jetzt sind die kleineren Gasmotoren den Dampfmaschinen kleinerer Typen be- züglich des wohlfeilen Betriebs überlegen. Die Unabhängigkeit ersterer von einer zentralen Gasanlage dürfte eine neue Ausbreitung dieser Motoren zur Folge haben; namentlich wird sie das Gebiet der Petroleum- und Benzinmotoren ge- fährden, und auch die Dampfmaschinen- techniker werden gezwungen sein, durch Verbesserung ihrer Konstruktionen dem neuen Wettbewerb Schach zu bieten.

Auch die Metallurgie wird wesentliche Erfolge von der Karbid- erzeugung haben, da sich dieses Produkt, wie Dr. Frank bemerkte, mit Vortheil zu Legirungen, also auch zum Gießen anderer Metalle anwenden läßt, so daß man mit Hilfe von Calciumkarbid wahrscheinlich die Stahl- erzeugung in ganz neue Bahnen führen wird. Schon bei den Versuchen mit anderen Alkalimetallen, Magnesium und Aluminium habe es sich gezeigt, welche ungeahnten Erfolge sich durch kleine Zu- sätze derselben zu Metallen erzielen lassen.

Auf chemischem Gebiete eröffnen sich mit der verbesserten Acetylen- gas- gewinnung die weittragendsten Verwendungsformen. Dr. Frank verweist zunächst auf die Er- zeugung des Benzols, das, heute durch Steinkohlengasdestillation als Nebenpro- dukt der Gasfabrikation, auch durch Ver- dichtung des Acetylen- gas- gewonnen werden kann.

Die große Verbindungsfähigkeit des Acetylen- gas- in organischen Formen ließen eine ganze Reihe weiterer Verwendungs- formen zu. Läßt man Acetylen in eine alkalische Lösung von übermangansaurem Kalzium treten, so entsteht durch Oxydation Oxalsäure die bisher nur als Produkt aus Pflanzenstoffen hergestellt werden konnte. Acetylen, durch Chromsäurelösung geleitet, gibt Essigsäure, mit 2 Äquiva- lenten naszierenden Wasserstoff abdrirt, ergibt Acetylen und dieses durch Schwefel- säure geleitet, erzeugt Acetylen- schwefel- säure und diese wiederum mit Wasser destillirt, zer- fällt in Alkohol und Schwefelsäure. Destillirt man Acetylen- schwefel- säure anstatt mit Wasser mit Alkohol, so erhält man Schwefeläther, Acetylenäther und Schwefel- säure. Berthelot's Vorschlag, auf diese Weise aus Acetylen- gas Alkohol zu er- zeugen, sei bisher nur daran gescheitert, weil Acetylen- gas zu theuer war. Jetzt, wo dasselbe aus Acetylen und dieses aus Kalk und Kohle zu gewinnen ist, gewinne dieser Vorschlag einen praktischen Hintergrund. Dr. Frank berechnet nun, wie die Gewinnung des Alkohols aus Karbid sich zu der heimischen Spiritus- produktion stellen würde. Eine gute Ernte liefert circa 16,000 Kg. Kartoffeln pro 1 Hektar mit 18 Proz. Stärkegehalt. Diese ergeben somit 2880 Kg. Stärke, aus der in der Praxis 1891,6 Kg. Spi- ritus erzeugt werden; eine mittlere Ernte liefert jedoch nur 12000 Kg. Kartoffeln mit 12 Proz. Stärkegehalt = 1400 Kg. Stärke, die nur 695,8 Kg. Spiritus er- geben. Eine Tonne (1000 Kg.) Kal- ciumkarbid liefert aber 406 Kg. Acetylen, welche 718,1 Kg. absoluten Alkohol er- geben; mithin liefern 2 Tonnen Karbid 1436,2 Kg. absoluten Alkohol, also mehr als eine gute Ernte pro Hektar. Über- schon 1 T. Karbid liefert mehr an Al-

\*) Siehe Nr. 5 der D. Metallarb.-Ztg., Jahrg. 95; die el. Gewinnung d. Aluminium.

kohol, als eine mittlere Kartoffelernte pro Hektar.)

Seite sind weite Sandstrecken Deutschlands dem Anbau der Kartoffel zur Spiritusergengung gewidmet, namentlich in dem Thelle Ostlich der Elbe, wo der Kartoffelanbau einen Haupttheil der landwirtschaftlichen Produktion darstellt.

Schließen wir indes uns den Hoffnungen Dr. Frank's am Schlusse seines Vortrags an, der auf W. v. Siemen's Rede auf der Berliner Naturforscherversammlung hinwies, daß es noch einmal gelingen müsse, auch die zur Erhaltung des menschlichen Organismus nöthigen Nährstoffe auf chemischem Wege, unabhängig vom Vegetationsprozeß, zu gewinnen, eine Hoffnung, die nimmehr ihrer Erfüllung immer näher rückt.

Krankenpflege der Berufsgenossenschaften.

Mangel an Einheitlichkeit ist der Hauptvorwurf, welcher der deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auch von denen gemacht wird, die grundsätzlich auf dem Boden dieser Sozialreform stehen.

lichen Klasse, die Ausgaben auf das Nothwendige zu beschränken. Nun liegt es auf der Hand, daß gerade in den ersten Wochen und gerade bei äußeren Verletzungen es sich häufig darum handelt, Auswendungen zu machen, die man nicht gerade als unbedingt notwendig bezeichnen kann, und die daher auch über die gesetzliche Verpflichtung der Krankenkasse hinausgehen.

Glücklicherweise sind es nicht die unfallverletzten Arbeiter allein, die durch dieses Verhalten geschädigt werden, sondern daselbe widerspricht auch direkt den Interessen der Berufsgenossenschaften.

Erst nachträglich hat diese Praxis in der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom 10. April 1892 auch eine gesetzliche Grundlage erhalten.

Krankenkasse, sondern die Berufsgenossenschaft hat nunmehr kraft Gesetzes die Befugniß, sich an die Stelle der Krankenkasse zu setzen und das Heilverfahren so zu regeln, wie es ihren Interessen, die hier mit den Interessen des Verletzten zusammenfallen, am besten entspricht.

Ueber die Erfahrungen, welche mit dieser Bestimmung zunächst im Jahre 1898 gemacht worden sind, berichtet nunmehr das Reichs-Versicherungsamt in einem Rundschreiben vom 7. März d. J., welches in der April-Nummer seiner amtlichen Nachrichten veröffentlicht wird.

Als Gesamtresultat der Umfrage, der allerdings nur die Erfahrungen eines, noch dazu des ersten Jahres zu Grunde liegen, läßt sich im Allgemeinen feststellen, daß von den gewerblichen Berufsgenossenschaften nur bei der Minderzahl die Verhältnisse so lagen, daß von einem direkten Eingreifen der Berufsgenossenschaft abgesehen, oder deren Thätigkeit auf die Ueberwachung und Unterstützung der Krankenkassen-Pflege beschränkt werden konnte.

Eine Konferenz der Zentralkasse für Wohlfahrtseinrichtungen

sand Ende April ds. J. in Düsseldorf statt. Neben vielen recht merkwürdigen Ansichten kamen doch auch recht gute und wohl-

gemeinte zum Austrage, die wir glauben unseren Lesern nicht verheimlichen zu dürfen.

Der bekannte Dr. Ditz aus Münster bedauert zu dem Punkte: Die zweckmäßige Gestaltung der Krankenkassen innerhalb des Rahmens des Krankengesetzes, daß, obgleich daselbe von den drei sozialreformatorischen Versicherungsgeetzen sich am frühesten eingelegt habe, doch von dem Recht der Erweiterung der Leistungen über die gesetzliche Mindestleistung sehr wenig Gebrauch gemacht worden sei.

Sehr entschieden tritt er dafür ein, daß die Minimalgrenze von 18 Wochen im Falle der Erkrankung auf 28 Wochen, ja womöglich auf ein Jahr ausgedehnt sei.

Mehrere Redner, u. A. Dr. Müller und Oberregierungsrath Dr. Rönigs, treten für 28 Wochen ein und von dieser Zeit ab solle die Invaliditätsversicherung eingreifen. Ditz ist ferner dafür, daß den Kranken auch die Sonntage bezahlt werden.

Nach seiner Berechnung würde sich eine Erweiterung der von ihm angeführten Leistungen sehr wohl ohne große Belastung der Kassen durchführen lassen.

Sanitätsrath Dr. Busch aus Arefold hält die Erhöhung des Krankengeldes auf die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes auf zwei Drittel desselben für dringend nothwendig; er als Arzt könne es am besten beobachten, wie in Krankheitsfällen in Arbeiterkreisen die Noth ihren Eingang hält.

Vom Standpunkte eines Herrn, den das Eölibat zur Geheligkeit verurtheilt und folglich ihm dem Stempel der Sittenreinheit und Keuschheit aufgedrückt hat, kann man eine solche naive Anschauung begreifen; in Wirklichkeit steht die Sache anders aus, wie Dr. Busch nochmals treffend ausführte und darin auch vom Geheimen Oberregierungsrath Dr. Rönigs kräftig unterstützt wurde.

Zum zweiten Punkt: Die zweckmäßigste Organisation der Krankenkassen, referirte Dr. Schmid-Priglig und trat für Zentralkassen der Ortsklassen ein unter folgender beachtenswerther Begründung:

Die zentralisirte Ortskrankenkasse bietet die Möglichkeit, innerhalb der Grenzen des Gemeinde- bzw. Krankenversicherungsbereichs sämtlichen Krankenversicherungspflichtigen u. berechtigten Arbeitern und deren Angehörigen eine gleichmäßige, ausgedehnte Fürsorge zu Theil werden zu lassen; sie bietet die Möglichkeit einer zweckmäßigen Zusammenfassung aller Kräfte und einer rationellen und darum billigen Verwaltung; sie entlastet und unterstützt die Gemeinde in Erfüllung wichtiger kommunaler Aufgaben (Armenpflege, Epibemien, Gemeindeversicherung, Invaliden- und Altersversicherung); sie vermag den

\* E. T. Z. J. 95. Heft 10. S. 147.

**Wünschen und Bedürfnissen der Versicherten und Arbeitgeber, und zwar selbst solchen Wünschen, die nur auf Erleichterung des Verkehrs und Förderung der Bequemlichkeit gerichtet sind, im weitestem Umfange gerecht zu werden.** Der Redner schließt daran eine eingehende Besprechung der Einrichtungen, die sich in Leipzig bewährt haben, und tritt namentlich dem Einwand entgegen, daß das Selbstverwaltungsprinzip bei den großen zentralisirten Krankenkassen in die Brüche gehe.

Die nachfolgenden Redner schienen von der Zentralisation, namentlich aber von der Selbstverwaltung, nicht viel wissen zu wollen, denn sie gelangten fast alle zu dem Schlusse, daß die Betriebskrankenkassen vorzuziehen seien. Daß die Arbeiter den Werth der Zentralisation und den der Selbstverwaltung längst erkannt haben, beweisen die freien Hilfskassen, und dieser Ueberzeugung war auch ein Herr W. Buzjak, Vorsitzender der Hilfskassen- und Begräbniskasse der evangelischen Arbeitervereine, denn er sagte, daß die Zentralorganisation im Interesse der Arbeiter liege. Ueber den Ausspruch des Geheimen Oberregierungsrathes Dr. Köhlig, daß bei der großen zentralisirten Leipziger Krankenkasse die Selbstverwaltung zurücktreten, drückten die Leipziger Mitglieder der Krankenkasse und deren Verwaltung doch wohl etwas anderer Meinung sein. Im Uebrigen zweifeln wir auch recht stark daran, daß die Betriebskrankenkassen vor denen der zentralisirten Hilfs- und zentralisirten Krankenkassen den Vorzug hätten, daß sie das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern besser zu fördern geeignet sind; wenn der Herr Geheimrath sich mal bei den Mitgliedern jener Klassen nach dem „besseren Verhältnis“ erkundigen wollte, würde er doch wohl anderer Meinung werden.

Den dritten Punkt bildete eine Berathung über die vorkommende Frage: Die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen. Sanitätsrath Dr. Busch vertritt den Standpunkt, daß es im Interesse der Mitglieder liege, wenn anstatt die beschränkte, die unbeschränkte freie Arztwahl bei den Krankenkassen eingeführt würde. Wenn das Gesetz freie ärztliche Behandlung vorschreibt, so ist darunter nicht zu verstehen, daß dem Kranken nicht bloß freie ärztliche Behandlung zugestanden werden müsse, sondern es müsse ihm auch die freie Wahl seines Arztes, zu dem er Vertrauen habe, gestattet sein. Außerdem sei die freie Wahl auch vom ärztlichen Standpunkt aus eine Forderung der Gerechtigkeit; wenn der Staat dem Arzt durch das vorgeschriebene Staatszweckmässige Bezahlung gebe, in der Behandlung kranker Menschen seine Existenz zu finden, so sollte er ihnen hierzu, wie es im Krankenkassengesetz vielfach der Fall sei, durch seine Mitarbeit nicht diese Möglichkeit verschließen. Durch das Krankenkassengesetz sei der ärztliche Stand ganz bedeutend geschädigt, und diesem Uebelstande müsse durch die „freie Arztwahl“ abgeholfen werden.

Geheimer Oberregierungsrath v. Woebke bestritt die materielle und ethische Schädigung des ärztlichen Standes durch die sozialpolitische Gesetzgebung in dem Umfange, wie sie von Sanitätsrath Dr. Busch behauptet wurde. Er ist im Prinzip nicht gegen freie Arztwahl, aber er möchte den Begriff der freien Arztwahl nicht in einen Gegensatz zu dem des Kassearztes bringen. Er billigt das Prinzip, daß die Klassen mit den Ärzten Verträge abgeschlossen haben, wodurch das Prinzip der freien Arztwahl vollständig gewahrt bleibe. Daß die unbeschränkte freie Arztwahl in den Klassen durchzuführen unmöglich ist, glauben die meisten Ärzte, sagt Dr. med. Magdan (Berlin), es werde nur noch eine beschränkte gewünscht, aber eine solche, die es jedem Arzt ermögliche, unter vorher stipulirten Bedingungen jedem Klassenmitglied die Hilfe zu leisten und andererseits jedem Klassenmitglied das Recht verleihe, unter vorher seitens des Kassenvorstandes festgesetzten Bedingungen den Arzt seiner Wahl zu konsultiren. Im Gegensatz zu Herrn v. Woebke hält Redner daran fest, daß in Folge des Krankenversicherungsgesetzes die Höhe des ärztlichen Honorars im Allgemeinen gesunken sei. Die freie Arztwahl sei aber nicht allein Wunsch der Ärzte, sie sei auch ein Ablehnungsgebanke des größten Theils der Versicherten selbst. Warum also unter diesen Umständen ihrer Einführung Widerstand entgegen, nachdem sich herausgestellt habe, daß sie durchführbar sei.

Im Sinne des Herrn v. Woebke sprachen noch mehrere Herren und riefen, daß, wenn die Ärzte meinen, durch den unvollständigen Wettbewerb ihrer eigenen Kollegen und seitens der Klassen geschädigt zu werden, dahin zu streben, daß solchen Umständen durch ein Zusammenarbeiten mit Krankenkassenvorständen und den Organisationen der Ärzte für die Folge begegnet werden kann. Der Meinung wird sich wohl Jeder anschließen können.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Wie aus einigen Abrechnungen zu ersehen und auch von einigen Verwaltungen dem Vorstand mitgetheilt wird, ist man verschiedentlich der Meinung, daß Mitglieder anderer inländischer Metallarbeiter-Organisationen, sofern sie denselben 6 Monate angehören, bei einem einmaligen Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband dieselben Rechte wie die Verbandsmitglieder beanspruchen können.

Diese vielfach verbreitete Meinung ist ganz falsch. Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den übrigen Deutschen Metallarbeiter-Verbänden (spezieller Branchen) bestehen keinerlei Vereinbarungen, die eine derartige Auffassung rechtfertigen und mit ihm sind die Mitglieder dieser Vereinigungen bei ihrem einmaligen Uebertritt als Neueinsteiger nach § 4, und bei der Erhebung irgend welchen Mitglieds nach § 5 des Statuts zu behandeln, d. h. sie haben Beiträge zu zahlen und die statutarische Recenzzeit zu absolviren, ehe sie Mitgliedsrechte erheben können.

Sobald geben wir bekannt, daß das Protokoll der 2. Generalversammlung in Magdeburg nunmehr in Druck erschienen ist und den Bestellern, soweit sie mit den früher gelieferten Protokollen der 1. Generalversammlung abgerechnet haben, umgehend zugestellt wird. Wir erlauben ferner Diejenigen, die noch auf Protokolle rekräftigen, die Bestellungen umgehend zu bewerkstelligen. Der Preis pro Exemplar beträgt wie letzter 20 Pfg.

Der Kaufmann E. H. Vint, bisheriger Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Hagen i. W., geb. zu Kassel am 24. Juni 1864, Buch-Nr. 7420, wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Hagen nach § 8 Abs. 7a des Statuts aus dem Verband ausgeschlossen.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:

- Nr. 54112 des Formers Friedrich Haas, geb. in Oberjettingen am 20. Januar 1876.
- 52712 des Gelbgiebers Albert Döring, geb. zu Thorn am 8. September 1876. Döring ist von Landau unter Mitnahme ihm zur Entrichtung der Beiträge für nachstehend verzeichnete Mitglieder von diesen anvertrauter Nr. 250 und ihrer Mitgliedsbücher Nr. 89425 von Ludwig Kremer, Nr. 89427 von Robert Wenker und 89480 von Carl Guntz, plötzlich verschwunden.

Der im Dezember 1892 (in Nr. 50 des Verbandsorgans) als aus dem Verband ausgeschlossener betanntgegebener Klempner Wilh. Schneegäß, geboren zu Georgenthal am 7. Dezember 1859 ist auf Antrag der Verwaltung in Erfurt von der Liste der Ausschlossenen zu streichen und steht seiner Aufnahme in den Verband nichts mehr im Wege.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zutritt der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Leipzig, Grotzsch (Motoren-Fabrik Grotz & Co.), Arbeiter der Fahrradbranche von Nürnberg (Velozipedfabrik Marsch), Metalldrücker von Nürnberg (Schöner, Metallwaarenfabrik), Schnitzling, Pösch, Forner v. Aurbach, München (Ausermann), Feilenhauer von Ludwigschafen (Kemper & Siegwart), Budapeß (Höbmann & Kühnemann), Messerschmiede von Eutlingen (A. Storz), Nadelarbeiter von Hof (A. Hartenstein, Nadelfabrik).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nekarstraße 160, I.

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vercinahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

Der Feilenhauer Oswin Preusker, geboren am 26. September 1870 zu Böttau bei Dresden, eingetreten am 24. Oktober 1891 zu Dresden, Buch-Nr. 27626, wird ersucht, seinen jetzigen Aufenthaltsort anzugeben. Diejenigen Ortsverwaltungen oder Kollegen, welche dessen Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, uns die genaue Adresse mitzutheilen.  
Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

**Klempner.**

Budapeß. Wie aus unserem Telegramm in voriger Nummer zu ersehen, sind

wie Budapest Spengler, Gas- und Wasserleitungs-Institute am Samstag, den 18. Mai, in Streik getreten. Die Forderungen sind: 8stündige Arbeitszeit mit dem bisherigen Wochenlohn; die Ueberstunden wöchentlich abzugeben, eventuell eine 50prozentige Erhöhung; Anerkennung des Fachvereins-Arbeitsnachweises; Abschaffung der jetzigen Werksstättenordnungen. — Unsere Forderungen sind also sehr bescheiden. Wir haben vorher die Gewerkschaftskorporation drei Mal ersucht, sie möge unser 21er Komitee empfangen, um womöglich unsere Forderungen auf gutem Wege durchzubringen. Sie hat uns auf indirektem Wege abgewiesen. — Wir sind dann an unsere Arbeitgeber mit unseren Forderungen herangetreten, die uns mit einiger Ausnahme auch abgewiesen haben, deshalb ist uns nichts anderes geblieben, als daß wir die Arbeit einstellten. Seit Sonntag, den 19. Mai, ruht die Arbeit vollständig. Bis Mittwoch, den 22. Mai, Abends, hatten 41 Arbeitgeber, wo ca. 250 Arbeiter beschäftigt sind, unsere Forderungen angenommen. Die Stimmung ist eine ausgezeichnete. Wir ersuchen, Zugangsfern zu halten, denn die Herren „Arbeitgeber“ telegraphiren und fahren überall hin, um fremde Kräfte herbeizuloden.  
Mit kollegialem Gruß!

Das Exekutiv-Komitee.  
Briefe sind zu senden an Viktor Spielmann, Budapest VII, Akazienstraße Nr. 28.

**Büdingberg i. Pr.** Endlich können wir den Kollegen im übrigen Deutschland eine erfreuliche Thatsache berichten. Schon lange leben die hiesigen Klempner unter den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und die Mittel und Wege hierzu aufzufinden, wurde am 16. April d. J. eine öffentliche Klempnerversammlung einberufen. In derselben wurde den Anwesenden ihre so traurige Lage vor Augen geführt und es beschloß die Versammlung, eine Lohnkommission zu wählen, welche die Forderungen der Gesellen zu formuliren und dieselbe einer späteren Versammlung vorzulegen hatte. Diese zweite Versammlung fand am 28. April statt. Die Lohnkommission hatte folgende Forderungen aufgestellt: 1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. 2. Für Ueberstunden einen Aufschlag von 10 % pro Stunde. 3. Festsetzung eines Mindestlohnes von 80 % pro Stunde. Diese Forderungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und die Lohnkommission beauftragt, diesen Beschluß den Arbeitgebern schriftlich mitzutheilen und dieselben zu einer mündlichen Unterhandlung mit der Lohnkommission einzuladen. Diesem Beschlusse kam die Lohnkommission nach und fand auch am 15. Mai eine vom Obermeister der Innung einberufene gemeinschaftliche Sitzung von Vertretern der Innung und der Lohnkommission statt. In dieser Sitzung gelang es den Vertretern der Arbeiter, von den Vertretern der Innung folgende Zugeständnisse zu erlangen: Die Innung willigt ein: 1. Die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag festzusetzen. 2. Der bisherige Arbeitslohn wird weiter gezahlt. 3. Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 10 % gezahlt. Zur Bewilligung eines Mindestlohnes waren die Vertreter der Innung nicht zu bewegen. In einer am 19. Mai stattgefundenen Klempnerversammlung stimmte die Lohnkommission Bericht über die Sitzung mit der Innung ab und empfahl der Versammlung, mit den Zugeständnissen der Innung vorläufig zufrieden zu sein. Nach einer lebhaften Debatte wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die heute am 15. Mai stattfindende öffentliche Versammlung der Klempner erklärt sich mit den Bewilligungen der Meister: 10stündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes, sowie Aufschlag von 10 % für Ueberstunden, einverstanden. Diese Bewilligung tritt mit dem Tage der schriftlichen Vereinbarung mit den Vertretern der Innung und der Lohnkommission in Kraft. Mit den der Innung nicht angehörigen Arbeitgebern behält sich die Lohnkommission weitere Schritte vor. — Dieser Beschluß ist dem Obermeister der Innung noch am heutigen Tage mitgetheilt worden mit dem Ersuchen, baldigst eine Sitzung mit den Vertretern der Innung und der Lohnkommission stattfinden zu lassen, um die Abmachung beiderseits unterzeichnen zu können. — Wenn wir bedenken, daß die hiesige Sektion der Klempner kaum 1 Jahr besteht, so ist dieser Erfolg wohl ein ganzer zu nennen. In den hiesigen Kollegen wird es nun liegen, dem Verband treu zu bleiben, um die errungenen Vortheile festzuhalten und auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu gehen.

**Metall-Arbeiter.**

Erfurt. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Hat die Gewerkschaftsbewegung eine Zukunft und wie verhalten wir unsere Lage? 2. Wahl eines Vertrauensmannes, fand am 18. Mai statt. Genosse Huth erläuterte in eingehender, verständlicher Weise die Ziele der Gewerkschaften.

Der Redner wies er auf die Unrichtigkeit der Behauptung hin, daß die Gewerkschaften ihre Ziele hinter sich und den Höhepunkt erreicht hätten, denn gerade die Gewerkschaftsbewegung sei es, welcher heute und in Zukunft die Aufgabe erwachsen sei, die herrschenden Klassen dazu zu treiben, Arbeiterangelegenheiten zu schaffen und die Kontrolle über die Handhabung der Gesetze zu führen, damit selbige nicht nur auf dem Papier stehen. Daher sei auch der Haß der Unternehmer begründet, welcher gegen die gewerkschaftliche Organisation sich entzündet. Schärfer bemerkbar macht sich gegen die politische. In den Mitteln übergehend, welche bei der Gewerkschaftsbewegung zur Verbesserung der Lage auf wirtschaftlichem Gebiete in Anwendung gebracht werden sollen, verurtheilte Redner auf das Schärfste den Boykott und bezeichnete ihn als das unedelmste aller Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er führte durch Beispiele an, daß selbiger in vielen Fällen auf ungerechte Art und Weise injiziert wird und gewöhnlich denjenigen am wenigsten treffe, gegen den er gerichtet ist. In der Metallindustrie sei er überhaupt nicht zu verwenden. Streiks seien nur dann anzuwenden, wenn die Möglichkeit eines Erfolges vorhanden sei. Ob Abwehr- oder Angriffstreiks berechtigt seien, darauf sei unter den heutigen Verhältnissen kein Gewicht zu legen, es komme nur darauf an, ob die Macht vorhanden sei, einen Streik durchzuführen. Redner wies auf die Ergebnisse bei früheren Streiks hin. Der englische Doharbeiterstreik habe, abgesehen von den Vortheilen für die Beteiligten, der politischen Bewegung noch größeren Nutzen gebracht. Dasselbe sei von den deutschen Bergarbeiterstreiks zu sagen; wenn auch diese im großen Ganzen für die Beteiligten nicht die günstige Wendung genommen haben, so seien sie doch für die deutsche Sozialdemokratie von unübersehbarer Nutzen gewesen, denn wo vor den Streiks sich das Zentrum breit machte, sei heute die Sozialdemokratie so stark vertreten, daß ein vollständiger Sieg bei es. Streiks und Wahlen in Wäldern nicht mehr ausgeschlossen ist. Aber auch auf dem Streikgebiete werde viel gekämpft. Redner schließt seine Betrachtungen über diesen Punkt mit dem Ausspruch, daß unter den heutigen Verhältnissen ein drohender Streik als gewonnen und ein begonnener Streik als verloren zu betrachten sei. Auch die Kontrollmarke verleihe ihren Zweck, ihre Tage seien gezählt; abgesehen davon, daß sie nicht in allen Berufen eingeführt werden könnte, bedeute doch die Einführung der Kontrollmarke eine Einschränkung der Produktion, indem die hohen Preise der Waaren mit Kontrollmarke den Konsum verringern und somit auch die Produktion einschränken. Im Uebrigen steht Redner auf dem Standpunkt, daß es richtig sei, die Gesellschaft mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen und die Gewerkschaftsbewegung ohne jede Unterbrechung bis zu ihrem Kulminationspunkte entwickeln zu lassen. Als einen großen Fehler bezeichnete Redner das Vorgehen einzelner Gewerkschaften, welche sich vom Ganzen trennen wollen, um eigene Berufsorganisationen zu gründen, der Schaden würde nicht ausbleiben, die Einsicht aber erst dann kommen, wenn durch dieses Vorgehen die freie Entwicklung der Organisation auf viele Jahre zurückgeworfen sei. Jeder, der die Nothwendigkeit einer Organisation anerkennt, müsse auch die Einsicht haben, daß unsere Ziele nicht vereinzelt, sondern nur vereint erreicht werden können. — Der ca. zweistündige Vortrag schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden. Eine Resolution, im Sinne der Ausführungen des Referenten gehalten, gelangte zur einstimmigen Annahme. Kollege Hesse forderte die Anwesenden auf, da Viele von ihnen dem Verband noch fern ständen, sich selbigem anzuschließen, damit unsere Organisation würdig bestände und auch den Wünschen der Mitglieder, unsere traurige Lage zu verbessern, mit Erfolg Rechnung tragen können. Dann erstattete der bisherige Vertrauensmann Hesse Bericht und legte sein Amt nieder. Kollege Meister wurde als Vertrauensmann gewählt.

**Heilbronn.** Wenn wir nach längerer Zeit etwas von uns hören lassen, so können wir gerade nichts Erfreuliches melden. Die Behandlung der Arbeiter ist trotz schlechter Bezahlung vielfach keine gute zu nennen. Hauptächlich kommt der Druck, der ausgeübt wird, mehr von den Meistern resp. Antreibern, als von der Prinzipalität oder Fabrikdirektion. Neben humanen thätigen Werkführern gibt es ja auch Elemente, deren Hauptmerkmale sind: nach oben unterhängig, speichellächerlich, alles verflätschend, nach unten hochfahrend, groß bis zum Egoismus und dabei nichtswillend zum Bemitleiden. In diesen Punkten leistet der sogenannte Drehermeister der Firma Walter u. Reuschardt Hervorragendes; ist ein thätiger Arbeiter im Geschäft, so wird er so lange verflätscht, bis er geht oder — gegangen wird. Warum dieses gethan wird, ist ja durchsichtig genug.

Von Nutzen ist dieses für die Prinzipalität, die als human gilt, nicht. Es wäre daher gut, wenn von jener Seite die Zeiten nach dem Mechten gesehen würde, ehe die Arbeiter erzwungen sind, andere Maßregeln zu ergreifen. In der Schloßerei sind diese Klagen ja auch nicht, es sind dieses der Prinzipalität doch zu denken geben. — In Neckargartach hat sich auf Veranlassung des Vorstehenden von Zellbronn eine Filiale gebildet, der ca. 15 Mann angehören. Bei deren Erkundung referierte Genosse Möhrle von Zellbronn. Eine weitere Filiale wird in Bödingen errichtet und ist zu diesem Zweck Kollege Herrmann Thiele, Wöpplingen, gewollt, der auch hier sprechen wird.

**Leipzig. Metallarbeiter, Achtung!**  
In der Motorfabrik von Gerhardt u. Dehne in P. Lindenau sind Differenzen ausgebrochen. 28 Monteurs, Schlosser und Dreher haben am Mittwoch, den 22. Mai, Morgens, die Arbeit eingestellt. Es wird ersucht, Zugung fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an W. H. Weiß, P. Lindenau, GutsMuthsstr. 47, part.

**Leipzig. Die öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die am 17. Mai stattfand, war von 180 Personen besucht und hatte folgende Tagesordnung: 1. Vortrag über die statistischen Verhältnisse der Metallarbeiter, 2. Situationsbericht über den Streik der Monteurs der Firma Grob u. Co., Petroleummotorenfabrik Gutzki'sch, Der Referent, Herr Schriftsteller Wessenthal, gab durch seinen sachlichen, auf statistisches Material gestützten Vortrag eine Uebersicht der Verhältnisse, die den Metallarbeitern in ihrem Berufsstande drohen und verbreitete sich eingehend über die Ursachen der verschiedenartigen Krankheiten der einzelnen Branchen der Metallindustrie. Der Vortrag fand allseitig lebhaften Beifall. Die folgende Diskussion ließ es ebenfalls für wünschenswert erscheinen, daß eine Besserung baldigst eintreten möchte. Insbesondere wurde durch Gen. Müller der Probiermann der Motorenfabrik Grob u. Co., einer scharfen Kritik unterzogen. Danach herrschte in ihm Zustände, die das Einschreiten der Fabrik-Inspektoren dringend wünschenswert erscheinen lassen, umso mehr als jetzt durch die Arbeitsverhältnisse der Monteurs mehrere Bekehrte in diesem Räume arbeiten müssen, der sich nicht nur durch seine ungesunde Luft, sondern auch durch zu wenig Raum zwischen den laufenden Maschinen auszeichnet. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung der Metallarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht dahin zu wirken, daß die Arbeitervergesellschaft erweitert und vor allen Dingen die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren zu einer für die in der Metallindustrie tätigen Arbeiter werthbar nutzlichen gestaltet werde. — Beim 2. Punkt verbreitete sich Referent Müller über den Stand des Streiks der Monteurs bei Grob u. Co. und stellte fest, daß die Chancen für die Monteurs in letzter Zeit sich günstiger gestaltet haben, und daß der letzte Trümpf in dieser Sache noch lange nicht ausgespielt sei. Die Firma werde die Erfahrung machen, daß es doch wohl nicht gleichgültig sei, was für Leute sie vor sich habe. Daß die Ausständigen im Stande seien, mit der nötigen Ruhe und Umsicht zu handeln, werde die Firma bereits gefühlt haben und noch schärfer fühlen müssen. Die vom Vorstehenden erfolgte Aufforderung an die anwesenden Vertreter der Firma, die gegen letztere gerichteten Angriffe zu widerlegen, blieb erfolglos. Ebenso blieb die Aufforderung erfolglos, es zu thun, wenn jemand gegen den Streik das Wort ergreifen wolle. Nachdem noch die Anschuldigung Hoffmanns aus der Liste der Streikenden wegen unwürdigen Verhaltens bekannt gemacht und Gen. Böhm die Anwesenden, die noch nicht dem Verband angehörten, aufgefordert hatte, sich zu organisieren, wurde die Versammlung geschlossen.**

**Mannheim.** Die hiesige Verwaltungsstelle hatte am Sonntag, den 12. Mai, eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, in welcher Genosse J. Stern aus Stuttgart über das Thema: „Das Klassenbewußtsein und die moderne Arbeiterbewegung“ referierte. Redner verstand es vortrefflich klarzulegen, wie der Privatbesitz sich aller Errungenschaften bemächtigte und wie es derselbe insbesondere in der letzten Kulturperiode, im Zeitalter des Dampfes, verstanden hat, sich der Produktionsmittel zu bemächtigen, so daß die technischen Vervollkommnungen der zur Produktion notwendigen Hilfsmittel (Maschinen u. s. w.) statt der Menschheit zum Segen, ihr zum Fluch gereichen. Redner entwarf sodann ein klares Bild, wie durch Entstehung des Privatbesitzes der Aufstoß zur Klassenbildung gegeben war und besprach die verschiedenen Phasen der Klassenentwicklung auf eingehende Weise. Von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit könne keine Rede sein. Das Wenige, was bis jetzt zum Schutze der Arbeit erreicht sei, verdanke man lediglich dem Klassenbewußtsein der Arbeiter. — Da von den Hirsch-Dunder'schen

Gewerkschaften, welche speziell eingeladen, Niemand erschienen, fand seine Diskussion statt. Ein Kollege sprach sodann noch zur Organisationsfrage und behauptete, daß von 6000 Metallarbeitern am Orte nur 400 organisiert und von diesen nur etwa 100 den ausgezeichneten Vortrag angehört hätten. Folgende Resolution fand dann Annahme: „Die heute in der „Gambriushalle“ tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und erklärt, daß sie in der Gewerkschaft, sowie in der modernen Arbeiterbewegung überhaupt das einzige Mittel erblickt, ihre gebräuchliche Lage zu verbessern und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Ausbreitung derselben einzutreten.“

**München, 25. Mai.** Welche Achtung vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter man seitens der Polizei in Bayern und speziell im „steifinnigen“ München hat, das beweist folgender Vorfall. Einer der Streikenden bei Marsch & Co., Schlosser G., wurde vor einigen Tagen auf die Polizei zitiert, wo ihm eröffnet wurde, daß er wegen „arbeitslosen Herumtreibens“ beninzigt worden sei. Es wurde ihm nun die amtliche Arbeitsaufgabe gemacht, wie sie in den gegenwärtigen Angelegenheiten zu werden pflegt! Falls er binnen einer bestimmten Frist nicht nachweisen könne, daß er Arbeit habe, werde er ausgewiesen werden! Wir wollen über die „Verpflichtung“ im Allgemeinen, derartige Auflagen zu bekräftigen, nicht des Weiteren philosophieren, obwohl eine Betrachtung darüber sehr nahe läge, warum solche Aufträge nicht reichen. Streikenden gemacht werden, die Jahr aus Jahr ein gar nichts arbeiten. Im speziellen Falle aber war das polizeiliche Vorgehen ganz und gar unbillig. Erstens stand der Betreffende bereits wieder in Arbeit, zweitens scheint es die Polizei einen Mißverstand, wenn auch einmal ein Menschenkind, welches nicht zu den „oberen Behtanzen“ gehört, ein paar Wochen privatisiert. So lange der Mann nicht durch Mittel oder Schwundel seinen Mißthäteren lästigt fällt, hat Niemand das Recht, ihm das Spaziergehen zu verweigern und die Polizei, speziell die Münchner, hätte wahrlich auch Besseres zu thun, als sich in solche Angelegenheiten zu mischen. Der in Frage stehende Arbeiter hatte nun nicht bloß seine Verbandsunterstützung, sondern auch Ersparnisse zu verzeichnen und es muß deshalb eine solche Maßregel den Verdacht erwecken, daß damit dem Fabrikanten, dessen Gegner der Arbeiter war, irgend eine Gefälligkeit erwiesen werden wollte. Auf alle Fälle ist es ein Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter, Leute wegen Streikens des „arbeitslosen Herumtreibens“ zu bestrafen und ein Verfahren gegen sie zu beobachten, welches vom Gesetzgeber nur für gemeingefährliche Subjekte bestimmt ist.

**Wies (Friedrichsdorf).** In der am 4. Mai abgehaltenen Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle erstattete Kollege Wissen aus Biel Bericht über die Generalversammlung in Magdeburg. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden, sie blüht um bessere Agitation in den nördlichen Industriebezirken seitens des Vorstandes. — In Folge des schwachen Besuchs der Versammlung kam es zu keiner lebhaften Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung. Von 151 am Orte anwesenden Mitgliedern waren 29 in der Versammlung erschienen. Kollegen, so kann es nicht weiter gehen; wenn Euch noch etwas an Eurer Organisation gelegen ist, so kommt und besucht die Versammlungen und laßt Euch nicht von allen möglichen Klümmelnetzen, wo Ihr nur Euer Geld verpulvert, sonst aber keinen Nutzen davon habt, den ersten Zielen, die wir uns gesteckt haben, abwendig machen. Fast könnte es den Anschein haben, als ob unsere Lage hier so glänzend und gesichert ist, daß wir der Organisation nicht mehr bedürften. Bedenkt, daß, wie wir es an Beispielen genug erlebt haben, Ihr auch jeden Tag drohtet werden könnt, dann aber ohne Organisation in einer Privatwerkstatt dem Unternehmertum schutzlos preisgegeben seid. Doch gesetzt den Fall, wir hätten hier keinen Grund zu Klagen und Befürchtungen, so sind wir es doch unseren auswärtigen Kollegen schuldig, daß wir uns zusammen schließen und selbige unterstützen im Kampfe mit dem Unternehmertum. Darum, Kollegen, seid einig, zeigt, daß Ihr noch Arbeiter seid, die sich von keiner Klümmelnetze beeinflussen lassen, setzt Euren Stolz herein, unserer Organisation anzugehören, besucht die Versammlungen und tragt mit Rath und That bei zum Wohle unserer Arbeitsbrüder.

**Tutlingen.** Der Streik bei der Firma Adam Storz dauert fort. Die verhängte Sperre hat sich gut bewährt; von den zugehörigsten Schlossern, Mechanikern und Messerschmiedern reihen die meisten ab, und nur solche, die keine Zeugnisse zc. haben, oder mit denen sonst nicht viel los ist, nehmen

Arbeit, werden aber auch nicht lange bleiben, denn die Verhältnisse sind höchst schlecht. Es sind von den Streikenden noch 4 Mann ohne Arbeit. Die Firma ist jetzt allerdings so daran, daß sie unsere Forderungen bewilligen muß; sollte dieses auch nicht geschehen, so ist der Sieg doch unser, denn schließlich sagte der Theilhaber dieses Geschäftes vor dem Gewerbegericht hier: „Es ist eine Schande von einer anderen Firma, wenn sie die Leute einstellt, da steht ja ein Fabrikant machtlos da. Und dann noch die Postensicherheit, da weiß man sich ja gar nicht mehr zu helfen.“ Wären wir nicht organisiert gewesen, so hätten wir's zu nichts gebracht, obgleich es höchst notwendig war, daß sich die Arbeiter hier einmal richtig gesetzt haben, denn die Ausbeutung ist hier größer als irgendwo. Wir hoffen auch mehr Mitglieder zu gewinnen, indem es hier mit der Organisation noch nicht besonders gut bestellt ist. In der Branche der Strumpf-Industriemacher sind hier über 800 Arbeiter beschäftigt und ungefähr 120 gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Auf ihr Schicksal, zur Organisation! Zugung ist fern zu halten!

Das Streit-Komitee.

Stuttgart.

**München.** Eine öffentliche Zingglecher-Versammlung fand am 18. Mai im Gasthaus „zum Thordran“ statt mit der Tagesordnung: Vortrag über Bred und Muyen der gewerkschaftlichen Organisation und Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsverein. Zum ersten Punkt referierte Herr Otto Huber. Er besprach die verschiedenen Organisationsformen, die bisher überall bestanden hatten, bis man auch in Deutschland dazu kam, große Verbandsgewerkschaften zu schaffen. Redner kam auch auf die überall in größeren Städten gegründeten Gewerkschaftsvereine zu sprechen, so auch auf den Münchener, von welchem schon manches zu Gunsten verschiedener Branchen erreicht wurde. Es sei notwendig, daß alle Branchen im Gewerkschaftsverein vertreten seien zum Wohle und Gedeihen der Gesamtheit und erwartet Redner auch von den Zingglechern, einen oder zwei Vertreter in den Gewerkschaftsverein zu senden. Nach einer kurzen Diskussion wurden sodann die Kollegen Waber und Stabauer als Delegierte gewählt. Ein Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die Angelegenheit hat, so weit es ihr möglich ist, die wirtschaftliche Lage der Münchener Zingglecher statistisch festzustellen, wurde angenommen und wurden 3 Mann aus verschiedenen Werkstätten damit beauftragt. Ein besserer Besuch der Versammlung wäre zu wünschen gewesen; möchten doch auch die uns noch fernstehenden Kollegen einmal zu der Einsicht kommen, daß unser Ziel ja nur ein edles ist und daß es uns nur mit einer strammen Organisation möglich ist, unsere Interessen nach jeder Richtung hin zu vertreten und zu wahren.

Feilenhauer.

**Hamburg.** Wegen bevorstehender Bohnereduzierung ist der Zugung von Feilenhauern streng fernzuhalten. Bericht folgt.

Technisches.

Elektrisches Schweißverfahren.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der Elektrotechnik ist das Schmelzen und Schweißen von Metallen auf elektrischem Wege, wie es jetzt nach verschiedenen Verfahren in vielen großen Eisenwerken mit bestem Erfolge betrieben wird. Das Prinzip, worauf sämtliche Schweißverfahren beruhen, basiert auf der schon lange bekannten Erscheinung, daß ein elektrischer Strom, wenn er auf seinem Wege durch den leitenden Draht plötzlich auf einen Widerstand stößt, der entweder in einer Verringerung des Querschnittes der Leitung, in der Einschaltung eines schlecht leitenden Stoffes, oder aber in der gänzlichen Unterbrechung des Leiters besteht, an dieser Stelle eine starke Erwärmung erzeugt, so daß, wenn der Strom selbst kräftig genug ist, jener Theil der Leitung in intensives Glühen geräth, oder aber ein elektrischer Lichtbogen sich bildet, der von einem Ende oder Pole der Leitung zum anderen Pole überspringt. Wie allbekannt, liegt das selbe Prinzip auch den elektrischen Glüh- und Vogenlampen zu Grunde; denn bei ersteren verfehlt der in seinem Laufe durch den schlecht leitenden Kohlenfaden gehemmte elektrische Strom diesen in leuchtendes Glühen, während bei den Vogenlampen der elektrische Strom von einem Pol zum anderen überspringt und hier

bei einem Lichtbogen von allgeringster Helligkeit erzeugt.

An dieser Stelle wird, wie der Fachmann zu sagen pflegt, die elektrische Energie in Wärme umgesetzt. Natürlich ist die Wärmeerzeugung ein um so beträchtlichere, je stärker der elektrische Strom ist, und je mehr Widerstand er an jener Stelle findet. Hieraus darf man folgern, daß die größte Wärme durch den elektrischen Lichtbogen erzeugt wird, da dieser den größten Leitungswiderstand, den der zwischen den Polen liegenden Luftschicht, zu überwinden hat. Thatsächlich lassen sich denn auch auf diesem Wege Temperaturen erreichen, wie sie bei einer Verbrennung selbst von Wasserstoff und Sauerstoff nicht hervor gebracht werden können: nach einer sehr bescheidenen Schätzung herrscht in dem elektrischen Lichtbogen eine ungefähre Temperatur von 2000 Grad Celsius.

Stemens gebührt das Verdienst, den hohen praktischen Werth dieser außerordentlichen Temperatur erkannt und aus dem Laboratorium in die Praxis übertragen zu haben; er erfand — es war im Jahre 1880 — den sogenannten elektrischen Herd, auf welchem mit Hilfe der Elektrizität schwerflüssige Metalle wie Platin, Iridium, Palladium, Osmium und andere aus ihren Erzen ausgeschmolzen wurden. Den hierzu erforderlichen starken Strom lieferte ihm die dynamo-elektrische Maschine.

Nach ihm und vielleicht durch ihn beeinflusst benutzte Venardos den elektrischen Strom zum Ueinanderschweißen von Metallen. Venardos wendet als die eine Elektrode einen mit einer Handhabe versehenen Kohlenstab an; die zweite Elektrode wird von dem zu schweißenden Metallgegenstand gebildet. Bei der Ausführung des Venardos'schen Verfahrens nimmt der Schweißer die Kohlenelektrode an ihrer isolirten Handhabe in die Hand und führt sie dicht über der Schweißfuge hin und her. Hierbei bildet sich zwischen Metall und Kohle ein elektrischer Lichtbogen, durch dessen Wärme das in Form von kleinen Stücken in die Schweißfuge eingelegte Metall oder auch direkt das Metall an den Rändern der Fuge sehr rasch bis zur Schweißhöhe erwärmt und verschweißt wird. Der Schweißer muß seine Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf lenken, den Kohlenstab während des Schweißens möglichst in derselben geringen Entfernung über der Schweißfuge zu halten; denn bei zu großer Entfernung zwischen beiden Elektroden erlischt der Lichtbogen, während bei direkter Berührung die Wärmeentwicklung in Folge des verringerten Leitungswiderstandes nur eine sehr geringe ist. Von noch größerer praktischer Bedeutung ist das auf demselben Prinzip beruhende Schweiß- und Schmelzverfahren von Stabianoff, welches besonders in jüngster Zeit in Fachkreisen viel von sich hat reden machen.

Dieses neue Schweißverfahren unterscheidet sich von dem älteren Venardos'schen dadurch, daß beide Elektroden aus Metall bestehen; die eine bildet nach wie vor der zu bearbeitende Metallgegenstand, zum anderen Pol macht man das Metall, das bei der Bearbeitung aufgeschmolzen werden soll und das man in der Form eines runden Stabes verwendet. Bei der Erzeugung des Volta'schen Lichtbogens schmilzt der Metallstab schnell ab und tropft auf den zu bearbeitenden Gegenstand, dem natürlich der Metallstab immerfort so weit zu nähern ist, daß der elektrische Lichtbogen erhalten bleibt. Daraus erhellt auch, welcher Art die Bearbeitung ist, welche man so vornehmen kann.

Hat z. B. ein großes kostspieliges Gußstück, wie ein Dampfzylinder, Maschinenrahmen oder dergleichen oder auch ein geschmiedetes Stück, eine Maschinen- oder Schraubenwelle, einen Riß erhalten,

so schließt man diesen durch Abtropfen von einem Stab aus demselben Metall. Ist ein Stück abgebrochen, so tröpfelt man so viel Metall auf, als zur Neubildung erforderlich ist. In beiden Fällen muß man durch zuvorige Umgrenzung der schadhafte Stelle, durch eine sogenannte Form, die Grenzen feststellen, innerhalb deren sich das flüssige Metall ausbreiten soll.

Beide Metalle, sowohl für das Zünden, als auch für das zu zündende Stück, können beliebiger Art sein und z. B. aus Gußeisen, Stahl, Schmiedeeisen, Kupfer, Bronze oder dergleichen bestehen; denn alle werden im elektrischen Lichtbogen niedergeschmolzen. Die Vorsätze vor dem Benardos'schen Verfahren bestehen in der durch vollständige Schmelzung des Metalles erreichbaren größeren Vielseitigkeit der Fickarbeiten. Ferner ist der Nusseneffekt größer, weil die dort zum Erhitzen des Kohlenstabes benutzte Wärmemenge hier bei der Schmelzung zu Gute kommt; endlich wird das Metall an der Fickstelle nicht unbequem hart. Die bei Benardos noch vorhandene Schwierigkeit, den Abstand zur Bildung des Lichtbogens trotz des abschmelzenden Metallstabes gleichmäßig zu erhalten, hat Slavianoff glänzend dadurch gelöst, daß er den Metallstab trotz der Führung durch des Arbeiters Hand selbstständig auf die richtige Entfernung vom Arbeitsstück einstellt. Der hierzu dienende Apparat ist sehr sinnreich und beruht auf der ausziehenden Wirkung eines vom elektrischen Strom umflossenen weichen Eisenternes. Je größer nun die Entfernung zwischen dem abschmelzenden Metallstab und dem zu reparierenden Gegenstand wird, um so größer wird auch der Widerstand für den elektrischen Strom, um so geringer demzufolge die Stromstärke und die Anziehungskraft. Dadurch kommt eine Feder stärker wie zuvor zur Geltung, und deren Kraft nähert den Metallstab bis zur richtigen Entfernung für den Lichtbogen dem Gußstück. Immerhin kann diese Regelung nur innerhalb enger Grenzen stattfinden, und die Kunst des Arbeiters beruht darin, diese Grenzen von Hand einzuhalten, da anderenfalls unliebsame Störungen in der Dynamomaschine auftreten.

Außer dieser Regulirvorrichtung und einem Rheostat zur Regelung der Stromstärke ist in den Stromkreis ein sogenannter Kommutator zur Veränderung der Stromrichtung eingeschaltet. Diese Einrichtung ist deshalb erforderlich, weil bekanntlich am positiven Pole fast doppelt so viel Wärme, als am negativen erzeugt wird. Durch Umkehr der Stromrichtung hat man es somit in der Hand, den Metallstab oder aber das Arbeitsstück stärker zu erhitzen. Beim Schmelzen von Gußeisen hat die Umkehrung der Pole auch noch einen Einfluß auf dessen chemische Zusammensetzung und gestattet, das abgeschmolzene Metall nach Belieben hart oder weich zu machen.

Selbstredend ist das Niederschmelzen von Metall nach diesem Verfahren theurer als unter gewöhnlichen Umständen; in dessen Spielern in zahllosen Fällen die Kosten überhaupt keine Rolle, entweder weil das zu reparierende Stück einen sehr hohen Werth besitzt und auf anderem Wege überhaupt nicht zuverlässig ausgebessert werden kann, oder weil die Beschaffung eines Ersatzstückes trotz größter Dringlichkeit aus örtlichen Gründen unmöglich ist. Man vergegenwärtige sich nur ein Schiff auf hoher See, das Schaden an der Maschine, am Steuer oder sonstigen wichtigen Organen genommen hat. Elektrischer Strom steht dort mehr als erforderlich zur Verfügung; was er kostet, ist ganz gleichgültig gegenüber der Möglichkeit einer Maschinenreparatur auf hoher See, die das Schiff davor bewahrt, steuerlos den Wellen preisgegeben zu sein. Kleine

Gußstücke können hierdurch sogar neu hergestellt werden. Werthvolle Stücke, die sonst verworfen werden müßten, hat die Staats-Eisenbahn-Verwaltung bereits wiederholt in Fürstentum, wofelbst in einer Fabrik von Plinisch das Slavia-noff'sche Verfahren ausprobt wird, ausbessern lassen, so gerissene Treibräder der größten Abmessungen und Dampfzylinder, auch Treibstangen für Lokomotiven. An solchen Stücken ist nach der Ausbesserung und Bearbeitung gar nicht zu sehen, wo die Fehlstelle war.

Uebrigens arbeitet das Verfahren gar nicht so unökonomisch, wie man anzunehmen berechtigt ist. Von einem englischen Eisenwerke liegen hierüber folgende Ergebnisse vor: Zur Schweißung von 1/2 Zolligen Stahlstücken war ein Kraftaufwand der Betriebsdampfmaschine zur Erzeugung des elektrischen Stromes von 30 Pferdestärken erforderlich und dauerte die Einwirkung des Stromes 30 Sekunden, anschließend ein vierfacher Kraftverbrauch in Betracht der vollbrachten Leistung. Um 30 Pferdestärken zu erzeugen, sind pro Stunde etwa 30 Kilogramm Kohle erforderlich; also um diese Leistung eine Sekunde zu unterhalten, etwas über 8 Gramm Kohle. Es waren somit zu der 30 Sekunden dauernden Schweißung etwa 250 Gramm Kohlen erforderlich. Mit diesem Kohlenquantum müßte wohl eine Schweißung eines Stahlstabes von obengenannter Stärke im Herdfeuer schwer möglich sein. Ebenso günstig zeigte sich das Verhältnis bei stärkeren Schweißungen; ein Eisenstab von 1 Zoll Durchmesser erforderte einen Kraftaufwand von 44 Pferdestärken während 60 Sekunden Dauer, dem ein Kohlenverbrauch von 750 Gramm entsprechen würde. Eine Welle von 2 Zoll Durchmesser wurde in 20 Sekunden nur bei einem Kraftverbrauch von 85 Pferdestärken, also bei einem Kohlenverbrauch von etwa 6 Kilogramm geschweißt. Wie man sieht, ist die Ausnutzung der Wärme dabei eine äußerst ökonomische, um so mehr als eben nur Kraft, d. h. Elektrizität, Wärme und Kohle verbraucht werden, wenn die Schweißung wirklich stattfindet, wogegen bei der Schweißung auf dem Schmiedeherd stets ein Feuer unter unnützem Verbrauch von Wärme unterhalten werden muß; durch die weiteren Vortheile der Einfachheit mögen sich aber die Verhältnisse noch viel mehr zu Gunsten der elektrischen Schweißung stellen. Dr. W. (N. U. Z.)

**Vermischtes.**

**Fabrikinspektion im Großherzogthum Hessen.** Die Jahresberichte der beiden hessischen Fabrikinspektoren für 1894 sind soeben als Beilage zur Darmstädter Zeitung erschienen. Der Sitz des zweiten Beamten wurde endlich aus Darmstadt in seinen Aufsichtsbereich nach Mainz verlegt; jetzt entbehren nur noch Gießen und Oberhessen eines dort stationirten Beamten. In Folge eines sozialdemokratischen Antrages in der 2. Kammer erhielten die Beamten vom 1. Oktober 1894 ab je einen Assistenten; wie notwendig dies war, ergibt sich daraus, daß in Folge Ausscheidens des Inhabers der zweiten Fabrikinspektoren-Stelle der Inhaber der ersten vom Mai bis Oktober des Berichtsjahres beide Bezirke ohne jede Hilfe besorgen mußte. So etwas kann hoffentlich von jetzt ab nicht mehr vorkommen. Leider steht der Bericht des neugewonnenen Inspektors für den zweiten Bezirk auf einem sehr niedrigen sozialpolitischen Niveau. Ueberhaupt bringen die neuen Jahresberichte eine große Enttäuschung. In dem Bericht für 1893 war (S. 5) angeklagt worden, daß vom Jahre 1894 anfangend, die Jahresberichte für das Großherzogthum Hessen wieder jährlich die Zahlen sämtlicher Arbeiterkategorien enthalten werden, so daß man endlich eine vollständige Uebersicht über die Ueblen der hessischen Arbeiterbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Beruf erwarten dürfte, wie sie Baden, Sachsen und Bayern liefern. Diese Erwartung wird getäuscht. Die allgemeine Aufnahme scheint wohl stattgefunden zu haben, die Inspektoren theilen jedoch aus ihr im Text nur einzelne Zahlen mit, am vollständigsten derjenige des 1. Bezirks außerordentlich unvollständig der-

jenige des 2. Bezirks, so daß der Leser sehr schlimmer daran ist als im Jahre 1892, wo die amtliche Gesamtübersicht in Tabellenform nach Industriezweigen, wenn auch noch nicht für das ganze Großherzogthum, so doch für jeden der beiden Bezirke getrennt, abgedruckt war. Erst nach eingehenden Berechnungen kann man jetzt ermitteln, daß seit 1892 die Zahl der Betriebe, welche der Aufsicht unterstehen, von 1892 auf 1840 sank, die der männlichen erwachsenen Arbeiter von 89,541 auf 39,138, der weiblichen erwachsenen von 10,357 auf 10,974 stieg, dagegen die der männlichen jugendlichen von 8166 auf 2827, die weiblichen jugendlichen von 1832 auf 1750, die der kindlichen Arbeiter von 39 auf 9 fiel. Auch hier kam also vor Hauptwachst auf die Frauenarbeit, auf welche nicht weniger als 437 Betriebe mehr von der Gesamt-Verbeitervermehrung um 580 Betriebe kam, während sich die Abnahme gegen die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in einer wachsenden Abnahme der Betriebe äußert. Die ausführlicheren Mittheilungen des Inspektors vom 1. Bezirk lassen erkennen, daß die Metallverarbeitung, die Papier-, bezw. Leder- und Nahrungs- bezw. Genussmittel-Industrie hauptsächlich die neuen weiblichen Arbeitskräfte brauchten; nur die polygraphischen Gewerbe und die Industrie der Steine und Erden wiesen in Hessen eine Abnahme der Frauenbeschäftigung auf. Trotz der Verweigerung der Beamten konnten nur 48 Prozent der vorhandenen Betriebe inspiziert werden gegen 53 Prozent im Jahre 1890. Die sonstigen Mittheilungen der Beamten erheben sich kaum über das Niveau politischer Verleumdung; in dem ganzen Heft ist nicht eine für die weitere Öffentlichkeit besonders interessante sozialpolitische Mittheilung zu finden.

**Der Feldzug der sächsischen Behörden gegen den Textilarbeiterverband hat im wesentlichen mit einer Niederlage für die Polizei geendet. Die Auflösung der „Zahlstellen“ des Verbandes hat die Gerichte bis zu dem Oberlandesgericht befähigt. Die Schöffengerichte hatten meist auf Verurtheilungen erkannt, vor den Berufungsinstanzen in Chemnitz und Zwitkau kam aber eine den Angeklagten günstigere Auffassung zum Durchbruch und das Oberlandesgericht ist der Auffassung des Chemnitzer Landgerichts beigetreten. Nach dem Erkenntnis des Oberlandesgerichts, das jetzt in die Hände der Angeklagten gelangt ist, sei der Textilarbeiterverband zwar als politischer Verein anzusehen und ihm also die Ueblen in Zweigvereine verboten, die Zahlstellen aber seien als solche Zweigvereine zu betrachten. Die Merkmale eines Zweigvereins seien aber nicht schon darin zu finden, daß für die örtliche Ueblenfassung des Verbandes ein Vertrauensmann zur Ein Sammlung der Beiträge, Entgegennahme von Anmeldeungen, Ausgabe von Verbands-schreibungen, Führung des Schriftwechsels mit dem Verbandsvorstande best. Vielmehr schlechte eine solche Thätigkeit geradezu die Annahme eines Zweigvereins aus, sobald der Vertrauensmann dabei lediglich als Zwischenperson, als Bevollmächtigter des Verbandsvorstandes handle. Es müsse, um einen Zweigverein feststellen zu können, ein engerer Zusammenschluß der Mitglieder des Ortes unter einer Leitung, also eine selbständige Thätigkeit des Vertrauensmannes zu erkennen sein. Einen solchen engeren Zusammenschluß der Mitglieder hat das Zwitkauer Gericht z. B. noch nicht darin gesehen, daß die Mitglieder zur Wahl eines Vertrauensmannes zusammengekommen waren, während das Chemnitzer Gericht eine selbständige örtliche Thätigkeit darin fand, daß ein bestimmter Bruchtheil der Beiträge am Orte zur selbständigen Verwendung zurückbehalten worden war. Im Ganzen wurden von zusammen 22 Angeklagten 7 verurtheilt. Das ist ein beachtlicher Erfolg der Polizei. Der Verband hat sich schon im April oder Mai vorigen Jahres, also ehe er durch die Gerichte über die Auflösung des vereinsgesetzlichen Kleinobers Belehrung erhalten hatte, so eingerichtet, wie es nunmehr gerichtlich festgesetzt worden ist. Der Verband hat in Sachsen vier örtliche Ueblenfassungen eingeschickt, dagegen sechs neue mit mehr als 100 Mitgliedern gewonnen. Der Erfolg ist also auf Seite der Verfolger!**

**Reichs-Versicherungsamt.** Arztliche Gutachten spielen eine hervorragende Rolle bei der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes. Dieser ihrer Bedeutung scheint jedoch ihre Zuverlässigkeit durchaus nicht zu entsprechen, soweit sich das wenigstens von einem Laien beurtheilen läßt. Was soll man z. B. dazu sagen, daß drei Mediziner über eine Erkennung drei verschiedene Meinungen haben. Es drängt sich da dann die Frage auf: „Ist es nicht möglich, daß das „Obergutachten“ irgend eines als „bekannte Autorität“ gehörten Professors das minder richtige ist?“

Solches „Obergutachten“ aber ist nicht — einzelne Nachrichten angegeben — für das Urtheil des höchsten Verwaltungsorgans für Versicherungsangelegenheiten ausschlaggebend, bleibt als letztes Mittel aus dem Streben sich widersprechender Meinungen „kleinerer Größen“. — Vorstehende Betrachtung möchten wir durch folgenden Fall illustriren, der aber, das sei gleich bemerkt, nicht zu den zweifelhaftesten gehört. An einem besonders warmen Septembertage war der Arbeiter Schubert an Asphaltirungsarbeiten betheilig. Die Sonnenwärme, die dem Asphaltfesten einströmende trockne Hitze, der beläufige Qualm und die anstrengende Thätigkeit des Mannes wirkten darauf zusammen auf ihn ein, daß er das nicht zu unterbrechende Bedürfnis empfand, beide Arme in eine Schüssel mit kaltem Wasser zu stecken und sich auch Gesicht und Nacken mit dem schließenden Maß zu erfrischen. Am andern Tage zeigten sich bei ihm Rötungen der Hände, der Armmuskeln etc., so daß er nicht mehr im Stande war, die Asphaltfäden zu heben. Bald mußte er die Arbeit aufgeben. Die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft leitete es ab, ihm eine Rente zu zahlen. Sie war der Auffassung, es liege nicht die Möglichkeit des Eintritts der nachtheiligen Folgen vor, die ein gesundheitsgefährdendes Ereignis erst zum Unfall mache. Nicht ein Unfall, sondern eine Gewerbekrankheit könnte angenommen werden. — Das Schiedsgericht, bei dem Berufung eingelegt wurde, hörte darauf den Nervenarzt Dr. Müller in Dresden, welcher den Kläger einige Zeit in Behandlung hatte. Derselbe führte aus, der Kläger sei an einer rheumatischen Entzündung der Rückenmarkshäute erkrankt, die sich sehr wohl auf die fragliche Wäsche zurückführen lasse. Die Möglichkeit könnte angenommen werden, weil sich die schädlichen Folgen schon am nächsten Tage zeigten. Eine andere Ursache sei ausgeschlossen. Das Schiedsgericht in Dresden schloß sich dieser Auffassung an und erkannte auf Gewährung einer Rente von 50 Prozent. Für das Reichs-Versicherungsamt, bei dem die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft Rekurs einlegte, war ein Gutachten des Geheimen Medizinalraths Dr. Stengler eingehend worden, dessen wesentlichster Inhalt kurz folgender ist. Die Hitze und die reizenden Asphaltdämpfe stellten eine unabwendbare Ungutthatigkeit dar, die sich von der fraglichen Berufarbeit nicht trennen lasse. Da das Wasser in der Kamme nicht besonders kalt gewesen sein könne und das Waschen regelmäßig vorgenommen zu werden pflege, so könne deshalb von einem Unfall, d. h. von einem bei der Arbeit eingetretenen außerordentlichen Ereignis nicht die Rede sein. Allerdings sei die Wahrscheinlichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß der Krankheitszustand eine Folge der Arbeit gewesen sei, jedoch handelte es sich dann höchstens um eine Berufskrankheit, nicht aber um einen Betriebsunfall. Krankheitserscheinungen, wie die beim Kläger zu Tage getretenen, kämen u. A. auch bei Wäscherinnen öfter vor. Gegen dies Gutachten machte der Kläger in einem Schriftsatz geltend, daß er am Tage seines vermeintlichen Unfalles unter ganz anormalen Umständen hätte thätig sein müssen, indem er eine nähere Beschreibung der Situation gab. Jetzt ließ das Reichs-versicherungsamt noch den Prof. Dr. Hoffmann (Wipzig), der als hervorragende Autorität gilt, sich über den Fall äußern. Dieser erklärte das Urtheil beider Ärzte für unzutreffend. Zunächst stellte er fest, daß der Kläger die Rückenmarkshäute nicht habe, um dann den Zusammenhang derselben mit dem behaupteten Unfall zu verneinen. Nach dem Verlauf der Krankheit zu urtheilen, sei dieselbe bereits am betreffenden Tage vorhanden gewesen, und die Wäsche des Klägers, die im erhitzen Zustande von ihm vorgenommen wurde, könne höchstens als gelegentlicher, heilfängerer Umstand beim Verlauf des Krankheitsprozesses betrachtet werden, der ihm die Krankheit zuerst sichtbar machte. Nach der jetzigen Kenntnis der Vertreter der medizinischen Wissenschaft werde allerdings nicht bestritten, daß die Ursache der Rückenmarkshäute auch eine Erkältung sein könne, wie aber schon gesagt, halte er das in diesem Falle für ausgeschlossen. Das Reichs-Versicherungsamt gab dem Rekurs statt und änderte das Schiedsgerichtsurtheil dahin ab, daß keine Verpflichtung zur Rentenzahlung an den Schubert vorliege; es schloß sich dem Obergutachten des Professors Hoffmann an.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. F. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 34. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Anknüpfel aus dem Sad! — Die Vertheilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs. Von Ed. Vernheim. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, 1886 — 1892. Von F. A. Sorge. (Fortsetzung.) — Zum Rückgang des Kleingewerbes. Von Peter Braun. — Die sanitären Verhältnisse der Arbeiter in Glasfabriken. — Litterarische Rundschau.

Notwendig Rückkehr zum Hausfeld. --  
Heute: Germaine Dacereuz. -- Von  
Edmond und Jules de Goncourt. Eingig  
aufmerksamste Liebesgeschichte von Emma Alder.  
(Fortsetzung.)

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochen-  
blatt der sozialdemokratischen Partei Deutsch-  
lands (Erscheinung in Berlin SW., Dentsch-  
straße 8). Die Nr. 21 vom 23. Mai hat  
folgenden Inhalt: Wochenschau. -- Die Ge-  
werkschaften in England. -- Die Arbeiter in  
Amerika. -- Die Wahl in Walworth und  
Sozialdemokratische Föderation. -- Die Lage  
der Landwirtschaft in Holland. -- Aus-  
beimlichstag. -- Musikinstrumentenindustrie.  
-- Parteinachrichten. -- Kampf der Unternehmer  
gegen Arbeiter. -- Gewerkschaftliches. --  
Wie man uns behandelt. -- Tobentische. --  
Literarisches.

Von dem bekannten Werke August  
Rebels, Die Frau und der Sozial-  
ismus, ist die 25. Auflage (Inhalts-  
Angabe) im Erscheinen begriffen und zwar  
in Fests, um das Buch auch weiteren Kreisen  
zugänglich zu machen. Bislang liegen sechs  
Hefte vor. Die 25. Auflage ist um ein  
Fünftel des Umfangs der früheren Auflagen  
vermehrt worden, ohne daß dadurch eine  
Preisverhöhung eintreten wird. Das Buch  
wird in 10 Hefen à 20 S. erscheinen. Alle  
acht Tage gelangt ein Heft zur Ausgabe.  
Subskriptions-Anmeldungen nehmen alle  
Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen.

Unsturz und Sozialdemokratie.  
Unter diesem Titel ist soeben im Verlage  
des „Vorwärts“ der vollständige stenog-  
raphische Bericht der Reichstags-  
verhandlungen über die Umsturzvor-  
lage erschienen. Der stattliche Band (464  
Seiten Groß-Oktaf) kostet nur 60 S. Bei  
der ungewöhnlichen Wichtigkeit, welche die Um-  
sturzverhandlungen haben, und den jetzt offen  
ausgesprochenen Absichten der Reaktion be-  
züglich Verkürzung des Wahlrechts oder  
Ausnahmegesetzen, sollte Niemand säumen,  
sich die denkwürdigen Reichstagsverhand-  
lungen anzuschaffen.

Königsberg i. Pr., 28. Mai. (Tele-  
gramm.) Zugzug von Klempnern ist wegen  
ausgehender Differenzen streng fernzu-  
halten.  
Fürth. Zugzug von Schlägern ist fern  
zu halten.

**Briefkasten.**  
Münster i. W. Wenn B. Schulden  
hat, so kann ihm doch deshalb das Reise-  
geld nicht vorenthalten werden.

**Verbands-Anzeigen.**  
In jeder Versammlung werden  
neue Mitglieder aufgenommen und  
können Beiträge bezahlt werden.

Altona. (Sektion der Schmiede.) Mitt-  
woch, 5. Juni, Abends halb 9 Uhr bei W.  
Meyer, Hospitalstraße 1, Mitglieder-Ver-  
sammlung.  
Bayern. Sonnabend, 8. Juni, Abends  
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
„Jägerhof“. Die Mitgliedsbücher sind zur  
Kontrolle mitzubringen.  
Bodenheim. Samstag, 1. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, in der „Walhalla“, Kirchstraße 5,  
Mitglieder-Versammlung. Bericht-  
stattung von der Generalversammlung.  
Braunschweig. (Sektion der Schlosser.)  
Die Mitglieder-Versammlung am 8. Juni  
fällt wegen der öffentlichen Metallarbeiter-  
versammlung aus. Aufnahme und Beitrags-  
erhebung im vorderen Zimmer.  
Breslau. (Sektion der Klempner.)  
Saben 2. Sonnabend im Monat Mitglie-  
der-Versammlung, Abends 8 Uhr, im  
Babel's Restaurant, kleine Grotzengasse 15.  
Cannstatt. Unsere fetterge Herberge  
„Gasthaus zum Baum“ ist wegen wieder-  
holter Beschwerde von Seiten der Durchrei-  
senden aufgegeben worden. Bis auf Weiteres  
wird den Durchreisenden das Gasthaus zum  
„Schwanen“ in Berg als Herberge empfoh-  
len. -- Nächste Mitglieder-Versammlung  
Samstag, 8. Juni.  
Erfeld. Sonnabend, 8. Juni, bei  
Nebel, Ottwall, Versammlung.  
Fanzig. Sonnabend, 8. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, Schäffelsbaum 22, Mitglie-  
der-Versammlung. Sollte die Versammlung  
wiederum im Voraus verboten werden, so  
findet Bezahlung der Beiträge statt. -- Reise-  
geld wird nicht mehr Freitag 42, sondern  
beim Kassier, Topengasse 43, ausgezahlt.  
Hülfeldorf. Samstag, 1. Juni, Mit-  
glieder-Versammlung bei Schwarz, Gerres-  
heimer- und Schützenstraßen-Ecke.

Durlach. Donnerstag, 6. Juni, im  
„Ochsen“, Besprechung über den geplanten  
Anstieg der benachbarten Villen, sowie der  
Sonniger Kollegen nach Forstheim. Am  
28. Juni Wahlfest des Gewerkschaftskartells.  
Erfurt. Ausflug am ersten Pfingst-  
feiertag nach Schloss Dandberg durch den  
Waldb. Sammelplatz Schmidstiebertor punkt  
8 Uhr.  
Hollvonn. Samstag, 1. Juni, Abends  
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.  
Karlsruhe. Samstag, 1. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, bei Rainbach, Mitglieder-  
Versammlung. Vortrag von Genosse  
Rainbach über die volkswirtschaftliche Be-  
deutung des Antrags Kartell. Einzelanwen-  
dungen betr. Beihilfen am Ausflug nach  
Forstheim am 7. Juni liegen beim Biblio-  
thekar, welcher auch eine Privatparafese ein-  
gerichtet hat, auf.

Judenwalde. Montag, 10. Juni,  
Abends 8 Uhr, im Lokal der Wwe. Schly,  
Mitglieder-Versammlung. Am ersten  
Pfingstfeiertag Ausflug nach dem Unterham-  
mer und Wollersdorf. Sammeln im Lokal  
der Wwe. Schly.  
Lübeck. Am 5. Juni Mitglieder-  
Versammlung bei Fr. Leck, Lederstr. 8.  
Münster i. W. Sonntag, 9. Juni,  
Vormittags halb 12 Uhr, Versammlung  
bei Wolf, Jansenstraße 28. Die Mitglieds-  
bücher sind mitzubringen. Die Versamm-  
lungen finden jeden 2. Sonntag nach dem 1.  
und 15. eines jeden Monats statt.

Münsterberg. (Sektion der Schmiede.)  
Samstag, 8. Juni, Abends halb 9 Uhr,  
Mitglieder-Versammlung im „Zammer-  
thal“, Schilbgasse 4. Gewerbliche Rundschau  
im Metallgewerbe. Referent: Kollege Haffel.  
Münsterberg. (Sektion der Glasfänger.)  
Samstag, 8. Juni, Abends halb 9 Uhr,  
Mitglieder-Versammlung im „Rödtgen von  
England“. Vortrag von Schriftsteller Arb.  
Die noch ausstehenden Mitgliederbücher sind  
zur Kontrolle abzugeben. -- Die Wohnung  
des Bevollmächtigten befindet sich Weis-  
teinsplatz 12.

Oberwesel. Samstag, 1. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
Saale des „Felsenkellers“ (Karol Dinges).  
Die Restanten werden an ihre Pflicht erinnert.  
Peltz. Sonnabend, 1. Juni, Mitglie-  
der-Versammlung. Die restierenden Stol-  
legen werden ersucht, ihren Verpflichtungen  
nachzukommen. -- Auszahlung der Rest-  
unterstützung Götternstraße Nr. 42 bei Mag  
Schulze.

Forstheim. Samstag, 1. Juni, Abends  
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im  
„Ochsen“. -- Die mit Beiträgen rückständigen  
Kollegen werden ersucht, ihrer Verpflichtung  
nachzukommen.

Quadrinburg. Nächste Versammlung  
Sonnabend, 1. Juni, Abends 8 Uhr, im  
„Preußischen Hof“.

Reutlingen. Samstag, 1. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, Versammlung im „Gerber-  
thor“.

Rosbach. Die Reiseunterstützung wird  
jetzt beim Kassier Gustav Diebel, Former,  
Friedr. Neuterstraße 251, von Mittags 12-1,  
Abends von 7-8, und Sonntags von 11 bis  
12 Uhr ausbezahlt.  
Ruhla. Sonnabend, 1. Juni, Abends  
8 Uhr, bei G. Erdmann Mitglieder-Ver-  
sammlung. Die mit Beiträgen rückständigen  
Kollegen werden ersucht, ihrer Verpflich-  
tung nachzukommen.

Schöneberg. Sonnabend, 8. Juni,  
Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versamm-  
lung im Lokal des Herrn Kerner, Grune-  
waldstraße 110. Vortrag des Genossen Boersch  
über Macht und Recht. -- Die Mitglieder,  
die längere Zeit reistren, werden ersucht,  
ihren Verpflichtungen nachzukommen, andern-  
falls sie veröffentlicht werden.

Schweinfurt. Das Reisegeld wird nicht  
mehr bei Karl Winter, sondern in der Her-  
berge „Fränkischer Hof“, Rehnstraße, ausbe-  
zahlt, Mittags 12-1 und Abends 7-8 Uhr.  
Schwelm. Samstag, 1. Juni, Abends  
halb 9 Uhr, bei Herrn C. Müller, Mit-  
glieder-Versammlung. Die Mitglieder  
wollen ihren Pflichten nachkommen.

Schwenningen. Samstag, 8. Juni,  
Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versamm-  
lung in der „Linde“. Die Restanten wer-  
den ersucht, ihren Verpflichtungen nachzu-  
kommen.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 1. Juni,  
Mitglieder-Versammlung bei G. Welch,  
Katharinenstr. Entwicklung der Verhält-  
nisse seit der Wehrbewegung von 1899.  
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werk-  
statt wünschig einen Mann zu entsenden.

Werdau. Jeden Sonntag nach dem  
1. und 15. im Monat im „Vergeltter“ ge-  
sellige Zusammenkunft.

Wurzen. Sonnabend, 1. Juni, Abends  
8 Uhr, in der „Stadt Wien“. Die Restren-  
den werden hierdurch an ihre Pflichten er-  
innert.

Zeitz. Am 8. Juni Versammlung.  
Bibliothekbücher sind abzugeben behufs Kon-  
trolle.

**Öffentl. Versammlungen.**  
Braunschweig. Sonnabend, 8. Juni,  
Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metall-  
arbeiter-Versammlung im „Prinz Wil-  
helm“, Vortrag des Genossen Gaiwer über:  
Die Lage der Braunschweiger Metallarbeiter  
und wie können wir dieselbe heben?

**Anzeigen.**  
Nachruf.  
Am 12. Mai verschied nach kurzem  
Kranklager unser Vertrauensmann  
und Genosse, der Feilenhauer  
**Karl Schloßhauer**  
im Alter von 88 Jahren an der Pro-  
strikterkrankheit. Wir verlieren in ihm  
einen eifrigen Kämpfer und Förderer.  
Verwaltungsstelle **Kreuzfeld a. D.**

Das Mitglied **Albert Bauer**, geboren  
20. Juli 1867 zu Göttingen, Schlosser, einge-  
tragen 16. 8. 95 in Lübeck, wird hierdurch  
aufgefordert, das aus der hiesigen Bibl. ent-  
lehene Buch „Charles Fourier“ von H.  
Webel umgehend wieder abzugeben. Die  
Ortsverwaltungen werden ersucht, den A.  
Bauer hierauf aufmerksam zu machen.  
Die Bibliothekskommission **Liel.**

Wir warnen vor dem Schlosser **Bern-  
hard Zühlke**, geboren 21. März 1878 zu  
Frankfurt a. O., Buch-Nr. 98807. Derselbe  
ist mit Verbandsgebern verschwunden. Wir  
ersuchen um Angabe der Adresse des p. p. **Rübler.**  
Verwaltungsstelle **Hanneln.**

Der Schlosser **Max Schneider** aus  
Döllitz, Buch-Nr. 40800, wird aufgefordert,  
seinen Verpflichtungen nachzukommen. Er  
hat sich auch nicht abgemeldet.

**Georg Lindenhahn**, Bevollmächtigter,  
Wenzig, Sufenberg 76.

Ich ersuche den Schlosser **Hermann  
Lorenz**, geb. zu Götting, mit umgehend seine  
Adresse anzugeben.  
**Karl Knodt**,  
Hannover, Hallerstraße 20, part.

Der Schlosser **Bruno Chirgyn**, geb.  
am 18. Oktober 1867, wird ersucht, seine  
Adresse nach **Bayern** gelangen zu lassen,  
damit ihm sein Buch gesandt werden kann.

Das Mitglied **Robert Pittner**,  
Schlosser, wird ersucht, seine Adresse wegen  
Lieferung seines Mitgliedsbuches an uns  
gelangen zu lassen.  
Ortsverwaltung **Schwabach.**

Der Schlosser **Robert Mergel**, geboren  
am 11. August 1869, Buch-Nr. 79655, wird  
aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Bayen  
nachzukommen. Die Ortsverwaltungen wer-  
den gebeten, denselben darauf aufmerksam zu  
machen.

**Die Ortsverwaltung Bayen.**  
Die Ortsverwaltungen, welche von dem  
Aufenthalt des Mitgliedes **Solisch**, Schlosser,  
Buch-Nr. 88642, Kenntnis haben, werden er-  
sucht, denselben aufzufordern, das aus unserer  
Bibliothek entlehene Buch „Ein Goldmensch“,  
Nr. 841, sobald als möglich hierher zu schicken.  
Ortsverwaltung **Baut**  
bei **Wilmshaven.**

Der Reffelschmied **Albert Danks**, geb.  
zu Rattowitz, eingetret in Rastel, Buch-  
Nr. 82970, wird aufgefordert, den 8. Band,  
Nr. 16, der „Richtstrahlen“, sofort an Unter-  
zeichneten gelangen zu lassen.  
**Robert Müller**, Bevollmächtigter,  
Buzgen, Jägerstr. 61.

Eine alt-, im besten Betriebe stehende  
Schlosserei ist mit Werkzeug, Band, großem  
Garten, Familienverhältnisse halber zu ver-  
kaufen. Näheres bei **J. Finmer**, Schlosser-  
meister, Schloßberg bei Rosenheim.

**Feilenhauerei mit Wohnhaus**  
um 8000 M zu verkaufen. Gutes Geschäft,  
8 Mann Beschäftigung. Günstige Gelegen-  
heit für Anfänger.  
**Frau Krause**,  
Belgard a. d. Persante i. Pom.

Ein junger, tüchtiger **Feilenhauer** findet  
sich eine Stelle bei **W. Zühlke**,  
Durlach b. Karlsruhe.

**Tüchtiger Metalldrucker**  
auf Silber findet gutbezahlte  
und dauernde Stelle bei  
**Martin Mayer**,  
Mainz.

**Slomke's**  
**Städtebuch**  
für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler.  
884 Seiten in Ganzleinen und einer zwei-  
farbigen Eisenbahn- und Wegkarte von  
Deutschland. Preis M 1,80.  
Auch vorzügliches Lesebuch für Rad-  
fahrer. Zu beziehen durch alle Buchhand-  
lungen oder gegen Einsendung von M 1,80  
auch in Briefmarken direkt und franco von  
**G. Slomke's Verlag-Bielefeld.**

**Jedem Parteigenossen**  
zur Anschaffung empfohlen!

Sieben ist complet in 5 Hefen erschienen:

**Unsturz und**  
**Socialdemokratie**  
Stenographischer Bericht  
der  
Reichstags-Verhandlungen über die Umsturz-Vorlage.

464 Seiten Groß-Oktaf. -- Preis 60 Pfennig. -- Porto 20 Pfennige  
Heft 1 und 2 je 15 Pfg., Heft 3, 4 und 5 je 10 Pfg.  
Gebundene Exemplare à 80 Pfg. Porto 20 Pfg.

Seit der Zukunftsstaatsdebatte hat keine Reichstags-Verhandlung die  
öffentliche Meinung so tief erregt wie die Umsturzdebatte, und die  
reaktionären Angriffe auf das **Allgemeine Wahlrecht**, wie die Droh-  
ungen mit dem **Staatsstreik** und **neuen Ausnahmegesetzen** halten  
das Interesse an diesen Verhandlungen noch auf lange hinaus lebendig.  
Für unsere Partei sind diese einzelnen Hefte -- nach dem einstimmigen  
Wahlergebnis der gemäßigten Presse -- das beste Agitationsmaterial,  
über das wir zur Zeit verfügen; und für alle politisch regen Kreise wird  
das Buch (wie i. B. die Verhandlungen über das Socialistengesetz) ein  
wertvolles historisches Aftenstück bleiben.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
Berlin SW., Dentschstraße 2.  
Auch zu beziehen durch:  
**Wörlein & Comp.,** Buchbldg., Weizenstr. 12/14,  
**Nürnberg.**